

Diese Anfangszeit hat die Rundfunklandschaft geprägt

Rundfunkhistorisches Gespräch mit Dr. Hans Hege

Dr. Hans Hege, geb. 14.06.1946 in Schwäbisch Hall, besuchte Schulen in Schwäbisch Hall und Heilbronn, studierte in Tübingen und Berlin und promovierte 1976 zum Thema „Das Grundrecht der Berufsfreiheit in Sozialstaaten“. Nach dem Referendariat war er Assistent im Berliner Abgeordnetenhaus. Dann von 1978 bis 1983 Referent in der Senatsverwaltung für Justiz des Landes Berlin. Von 1983 bis 1985 leitete er das Medienreferat beim Senator für Kulturelle Angelegenheiten in Berlin. 1985 startete er seine Medienkarriere. Zunächst als Direktor der Anstalt für Kabelkommunikation und ab 1992 bis zum altersbedingten Ausscheiden als Direktor der länderübergreifenden Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb).

Elfriede Walendy führte am 20. Februar 2018 in Berlin das folgende rundfunkhistorische Gespräch. Sie war von 1988 bis 2017 Referentin bei der Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg in Stuttgart.

Ich würde gerne mit Ihrer Zeit als Leiter des Medienreferats (1983) anfangen. Sie waren sicherlich schon auch an der Erstellung des Gesetzes, für das sie dann später gearbeitet haben, beteiligt.

Das war eine sehr spannende Zeit, weil es um die Diskussion ging: Einführung des privaten Rundfunks, des privaten Fernsehens. Die Kabelpilotprojekte waren ja ein erster Schritt. Damals auch noch ziemlich umstritten. Was macht man da? Wir hatten Möglichkeiten, konzeptionell zu arbeiten. Auch unter hohem Zeitdruck, weil eine Weile in Berlin nichts passiert war. Parallel gab es andere Pilotprojekte. Das erste war in Ludwigshafen. Die haben dort damals das private Fernsehen gestartet – damals alles nur im Kabel. Berlin hatte das größte Kabelnetz in Deutschland.

Mit 218.000 teilnehmenden Haushalten.

Ja. Also viel mehr als die anderen.

Ich sage mal, man hat eine ganze Menge auch im Rückblick daraus gelernt. Wir haben damals mehr auf innovative Anwendungen und auf lokale Anwendungen gesetzt. Die praktische Entwicklung war dann etwas anders. Die lokalen Sachen sind meistens gescheitert. Der eigentliche Durchbruch kam eher über das Satellitenfernsehen. Man hätte sich eigentlich sagen können: Privates Fernsehen, wie soll sich das eigentlich rechnen, wenn man jetzt nur ein paar Kabelnetze hat? ARD und ZDF haben bundesweite Senderketten gehabt. Als das ZDF gestartet ist, hat man dem ZDF bundesweite Verbreitungsmöglichkeiten eingeräumt. Beim privaten Fernsehen fing es ganz klein an mit diesen paar Kabelpilotprojekten, den paar 100.000 Haushalten. Dass es auf Dauer nicht so gut gehen würde, war eigentlich relativ klar. Also man brauchte einen Satelliten zur Verbindung der Netze. Das hat sich dann ziemlich parallel entwickelt. Wobei Satellit ja immer hieß: „Ich kann nicht nur lokal was machen“.

Das war der Aufbau der technischen Struktur für die landesweite Verbreitung. Aber bleiben wir nochmal bei dem Kabelpilotprojekt Berlin. Da mussten ja auch erstmals die Grundlagen geschaffen werden. Meine Frage dazu ist: Pilotprojekte waren Erprobungs-

projekte. War das in Berlin auch unter diesem Vorzeichen oder war das nie, dass man das irgendwann, wenn es nicht klappt, wieder rückholen könnte?

Die Rückholbarkeit war, glaube ich, von Anfang an eine nicht ganz realistische Aussicht, aber es war das offizielle Etikett und sie waren auch zeitlich befristet. Sie hatten auch nur ein begrenztes Finanzvolumen von 35 Millionen DM, wenn ich mich richtig erinne. Das hatte jedes Pilotprojekt. Wir haben dann Kabelzentralen damit aufgebaut. Was konzeptionell ja schon ganz interessant war für uns. In Ludwigshafen wurde alles in einer Anstalt für Kabelkommunikation gemacht, sowohl die Regulierungsseite als auch die technische Seite. Wir haben es dann getrennt. Wir haben eine private Gesellschaft gegründet. Zunächst mal, weil kein anderer da war, als Gesellschaft des Senats, und eine Anstalt für die Regulierung, die Anstalt für Kabelkommunikation. Wenn Sie so wollen, einiges schon vorweggenommen. Denn später haben wir uns dann immer wieder eingesetzt für eine private Kabelgesellschaft. Die dann nicht nur der Post gehört, einem öffentlichen Monopol, sondern auch Interesse hat, aus diesem Kabel etwas zu machen. Das ist uns dann erst sehr viel später und unter anderen Bedingungen gelungen.

Was die Regulierungsseite angeht, war, glaube ich, das, was uns am meisten in diesem Kabelpilotprojekt gebracht hat, dass wir ein anderes Modell gemacht haben als in Ludwigshafen. Die in Ludwigshafen haben praktisch, was anderswo dann auch passiert ist, das öffentlich-rechtliche Modell nachgemacht. Man hat ein großes Gremium aus Vertretern gesellschaftlicher Gruppen gegründet, weil es ja die verfassungsrechtliche Vorgabe gab: Programmentscheidungen sollen nicht vom Staat unmittelbar beeinflusst werden. Also ein großes Gremium, während wir auf ein kleines Gremium aus Sachverständigen gesetzt haben. Das haben wir parallel in Baden-Württemberg gehabt übrigens, da gab es eine ähnliche Vorstellung. Bloß wir haben es dann umgesetzt, begleitet zunächst einmal auch noch, wie es in Baden-Württemberg heute noch ist, mit einem Gremium, in dem auch Gruppen vertreten waren. Das ist nachher weggefallen, weil es auch nicht mehr sinnvoll war.

Hatten Sie am Anfang dieses öffentlich-rechtliche Modell?

Wir hatten diesen „Kabelrat“. Ein Gremium aus fünf Persönlichkeiten; und was wichtig war, damals ein Modell zu bekommen, das staatsfern ist, also mit großen Mehrheiten gewählt werden musste. Es ist auch gelungen. Damals hat mich der Senator Hassemer sehr unterstützt. Der dafür politisch verantwortlich war, den Professor Benda zu gewinnen als Vorsitzenden dieses Gremiums. Der aus dem Bundesverfassungsgericht ausgeschieden war, noch Professor in Freiburg. Das war eine Persönlichkeit, die für diese ganze Zeit sehr wichtig war, weil sie, anderes als bei anderen Medienanstalten, von vornherein gesichert hat, dass dieses Gremium wirklich unabhängig ist, dass es gut zusammenarbeitet und dass es eben nicht so wie es anderswo passiert ist, dass man dann je nach der Mehrheit im Landtag auch das Gremium politisch ausrichtet. Dieser Kabelrat wurde gewählt vom Abgeordnetenhaus von Berlin mit besonderer Mehrheit. Zwei Drittel Mehrheit. Es gelang auch, eine Lösung zu finden mit anderen Persönlichkeiten, die gut harmoniert haben.

Das hat praktisch nie Auseinandersetzungen gegeben anhand der politischen Herkünfte. Nur in einem einzigen Fall, in dem es um die erste Fernsehfrequenz ging, ob sie SAT.1 bekommt oder RTL. Da gab es mal eine strittige Entscheidung, sonst gab es immer Entscheidungen unabhängig von der Parteiherkunft. Das war etwas, was dann

ja praktisch meine ganze Berufszeit begleitet hat. Nachher eben als Medienrat Berlin-Brandenburg mit sieben statt fünf Mitgliedern. Aber es hat da genauso gut funktioniert.

Vielleicht noch eine Frage zur Finanzierung, denn damals war bundesweit die große Frage, wie finanziert man diese Kabelpilotprojekte, weil eben diese Staatsferne immer auch gefordert worden war.

Also die Kabelpilotprojekte, das war eine Vereinbarung der Bundesländer, wurden aus den Rundfunkgebühren finanziert, dem Kabelgroschen, so nannte der sich. Zwei Pfennig je Rundfunkteilnehmer. 35 Millionen DM je Kabelpilotprojekt haben wir bekommen. Daraus ist die technische Kabelzentrale, die die Einspeisung der regionalen Programme und der überregionalen Programme organisiert hat, finanziert worden, und der offene Kanal. Also diese private Gesellschaft und die Anstalt für Kabelkommunikation. Das war eine Lösung, die nicht auf Dauer war. Der strategische Durchbruch, wenn Sie so wollen, kam dann später, als es über die Kabelpilotprojekte hinausging und durch die Satellitenverbreitung auch in den anderen Ländern, in denen es keine Kabelpilotprojekte gab, privates Fernsehen im Kabel verbreitet werden sollte. Da ist es gelungen, was die Medienanstalt bis heute absichert, dass man einen Teil des Betrages jetzt in allen Ländern für diese Privatfunkaufsicht zur Verfügung stellt – zwei Prozent vom Rundfunkbeitrag.

Das war die Regelung im Rundfunkstaatsvertrag?

Das war die Regelung, die im Rundfunkstaatsvertrag aufgenommen worden ist und die bis heute gilt.

...wo dann auch geregelt wurde, welche Teile für...

Welche Teile für welche Aufgaben verwendet werden könnten. Die Kabelpilotprojekte, die es in Bayern auch noch gab, in Nordrhein-Westfalen und eben in Ludwigshafen, waren tatsächlich nur auf eine bestimmte Zeit finanziert. Aber da wir klein waren, hat das Geld lang gereicht. Da war die Frage, was machen wir dann? Es hätte die Möglichkeit eines Beitragsmodells gegeben, dass diejenigen, die beaufsichtigt werden, dafür einen Beitrag entrichten müssen, sowas gibt es ja teilweise in Hamburg, glaube ich, immer noch – als Zusatzmöglichkeit. Statt dieser zwei Prozent wäre die Finanzierung aus dem Landeshaushalt in Betracht gekommen. Die wäre sicher nicht so gut gewesen, weil das natürlich eine gewisse Staatsnähe mit sich gebracht hätte.

Ja, der politische Einfluss ist dann nicht zu verhindern. Dann war die Projektgesellschaft gegründet und Sie haben sich dann als erster Direktor beworben, haben dafür eine feste Beamtenposition aufgegeben.

Gut, ich wurde zunächst einmal beurlaubt. Insofern war ich nicht ganz ohne Absicherung. Das Projekt war ja befristet. Allerdings musste ich mich dann, das war in der Wendezeit, als Beamter auf Lebenszeit entlassen lassen und war nur Direktor der Anstalt für Kabelkommunikation. Insofern ein gewisses Risiko, aber es hat sich dann ja nicht negativ entwickelt.

Jetzt war das eine Zeit, wie Sie eben richtig sagen, in der einiges passiert ist. In dieser Zeit vollzog sich die Wende.

Zunächst einmal ist einiges noch in der alten Bundesrepublik passiert, dass diese bundesweite Rundfunkordnung ja dann schon Konturen annahm. Also angefangen haben wir erstmals mit vier Kabelpilotprojekten. Dann kam die Verbreitung über Satellit dazu. Die Kabelverbreitung in den einzelnen Ländern, wobei jedes Land seine eigenen Grundlagen geschaffen hat und es auch unterschiedliche Lösungen gegeben hat, auch zu unterschiedlichen Zeiten. Das war überall eine Auseinandersetzung. Lassen wir die Privaten, die jetzt über Satellit ausstrahlen, im Kabel zu? Und: „Wer kriegt denn einen Satellitenkanal?“, war immer eine Frage. Das ging so nach einem Zuteilungsverfahren. Eine der interessanten Geschichten war, dass Herr Barschel damals noch die Hand gestreckt hat: „Ich möchte auch noch einen Satellitenkanal“. Und darauf kam dann ProSieben.

Es ging ein ziemlich ungeordnetes Verfahren da ins Land, weil eine andere Lösung, die eigentlich angedacht war, der sogenannte TV-SAT, den man hätte direkt empfangen können, der hatte technisch nicht funktioniert. Der hatte nur vier Programme vorgesehen und einige Hörfunkprogramme. Die Länder haben lange gestritten, wie sieht diese bundesweite Medienordnung dann aus. Es war klar, die Länder müssen das machen und nicht der Bund. Es gab erstmals keine gemeinsamen Regelungen. Aber dann schon den Druck, dass man zu einer gemeinsamen Regelung kommt, weil es auch nationale Programme gab. Das war dann der Rundfunkstaatsvertrag, der dann die ersten gemeinsamen Grundlagen geschaffen hat für privates Fernsehen. Allerdings die Regelung der Zulassung immer noch den einzelnen Ländern überlassen hat. Aber auf der anderen Seite hat er auch die Finanzierung der Medienanstalten geregelt. Das war ja alles noch vor dem Wendeprozess. Das war für die Zusammenarbeit der Medienanstalten wichtig. Also wir haben sehr schnell erkannt und gehandelt. Ich habe die erste Einladung an die anderen Kollegen, die es damals gab, ausgesprochen, es waren nur fünf, schon kurz, nachdem ich hier Direktor geworden bin, 1985, am 31. Mai, glaube ich, hatten wir die erste Konferenz. Weil wir uns erstmals austauschen wollten: Wie macht man das? Wir waren alle in der Gründungsphase, hatten ähnliche Themen.

Außer den Kabelpilotprojekten, die es dann schon gab.

Außer den Kabelpilotprojekten. Im Saarland und in Schleswig-Holstein gab es schon die ersten Landesmedienanstalten. In Nordrhein-Westfalen gab es immerhin eine Weiterverbreitung. In vielen Ländern gab es noch nichts. Die kamen dann langsam dazu. Aber ausschließlich natürlich westliche Bundesländer. Und wir haben uns dann auch ausgetauscht über gemeinsame Interessen, die wir haben. Das gemeinsame Interesse an einer Finanzierung. Neben dem Kabelfernsehen entstand der private UKW-Hörfunk. Schleswig-Holstein hatte die ersten Hörfrequenzen und hat dann Hamburg mit überstrahlt. Es war eine etwas ungeordnete Zeit, aber eine Aufbruchzeit, wo alle gelernt haben: Was brauche ich praktisch. Wie ist unser Verhältnis zu den Staatskanzleien? Das war diese erste Zeit der Selbstfindung, wo wir alle klein waren.

Aufbau der internen Strukturen und äußeren Strukturen.

Interne Strukturen – also es gab keine gemeinsame Geschäftsstelle und nichts. Sondern Herr Ring wurde der erste Vorsitzende der Konferenz. Und das war dann relativ lange so. Aber wir hatten dann schon erste gemeinsame Vorschriften für Jugendschutz

und Werbung. Das war wichtig, weil es verschiedene Veranstalter gab. Es gab insbesondere SAT.1 und RTL schon – RTL damals noch in Luxemburg. Wie geht man mit denen um? Was sind die Grenzen? Was dürfen sie und was dürfen sie nicht? Wie organisiert man den Jugendschutz? Es war damals schon die Regelung, dass Filme nur zu bestimmten Sendezeiten ausgestrahlt werden können – mit Ausnahmegenehmigungen aber auch anders. Wer erteilt die Ausnahmegenehmigung, wie organisiert man das Verfahren? Alle diese praktischen Fragen waren zu erörtern. Beim Hörfunk gab es weniger gemeinsamen Abstimmungsbedarf, weil jedes Land sein eigenes System hatte. Baden-Württemberg hatte ein ganz anderes als Bayern und Nordrhein-Westfalen. Aber überall hatten wir einen Austauschbedarf. So dass wir uns von da an regelmäßig einmal im Monat getroffen haben.

Es war wichtig bei den bundesweit Ausstrahlenden, dass sie nicht nur mit ihren Landesmedienanstalten bei Verstößen verhandeln.

Dass man sie gleichbehandelt. Das ist ein natürliches Interesse in einer föderalen Ordnung. Es war klar, die letzte Entscheidung liegt jeweils bei der Medienanstalt, wo sie zugelassen sind. Wobei das ein richtiges Zufallsprinzip war. RTL hat seine Lizenz in Hannover. Was damit zusammenhing, dass auf dem TV-SAT verschiedene Kanäle sein sollten: einer im Norden, einer im Süden und einer im Westen. Der im Norden wurde an RTL vergeben. Da gab es extra einen Staatsvertrag. Niedersachsen hatte sich da eine besondere Position gesichert. Die hat nicht dazu geführt, wie sie es eigentlich gehofft hatten, dass RTL nach Hannover umzieht. Sie haben immer nur den Briefkasten da gehabt. Aber bis heute ist RTL in Niedersachsen zugelassen. Was nur mit dem nicht funktionierenden Satelliten zusammenhing, dass dieser spezifische Kanal an RTL ging.

Ein anderer Kanal ging an SAT.1. Das war der Südschienen-Staatsvertrag, die Aufsicht über SAT.1 behielt Rheinland-Pfalz. Und dann gab es die sogenannte Westschiene. Die kam zum Schluss. Also das war ja dann das Thema für Nordrhein-Westfalen, Hessen, Saarland; aus dem dann VOX wurde in verschiedenen Variationen. Diese Anfangszeit hat die Rundfunklandschaft geprägt. ProSieben hatte seine Zulassungsstelle in Schleswig-Holstein, aber deswegen, weil Herr Barschel, damals Ministerpräsident, sich einen entsprechenden Kanal auf dem Satelliten gesichert hatte.

Pionierzeit mit vielen Ausprägungen. Damals ging es den nationalen Fernsehveranstaltern vor allem um Reichweitengewinnung. Wie kommen sie an Reichweiten? Wir haben hier mit Herrn Doetz schon ein Zeitzeugen-Interview gehabt. Er hat die Jagd nach Zuschauern lebendig beschrieben. Was er alles sich einfallen lassen musste, um mehr und mehr Reichweite zu bekommen.

Es war kein geplanter Prozess. Wenn man zurückblickt und wieder vergleicht mit der Gründung des ZDF. Dem hat man eine bundesweite Verbreitung, damals gab es ja nur terrestrische Frequenzen, gleich gegeben. Also es war natürlich schon eine Schwierigkeit, dass man die Privaten am Anfang auf Kabel verwiesen hat. Kabel war lange nicht so verbreitet, wie es heute ist. Die meisten haben auch damals noch über Antenne fern gesehen, da es über Satelliten keinen direkten Empfang gab. Der Satellit war nur dazu da, das Signal von der Sendezentrale zu den Kabelanlagen heranzuführen. Es gab dies nicht, was wir heute für viele haben – ASTRA Direktempfang. ASTRA ist erst später

entstanden. Deswegen war die Reichweite der privaten Veranstalter erstmals ziemlich begrenzt. Was natürlich auch die Leistungsfähigkeit eingeschränkt hat.

Das Gegenmodell wäre das britische gewesen. Dort hat man dem Channel 4 von Anfang an gute Verbreitungsmöglichkeiten gegeben. Andererseits aber auch ein Pflichtenheft formuliert, was sie alles erfüllen müssen. Das gab es in Deutschland alles nicht. Es ist praktisch ein eher unkoordinierter Prozess gewesen. Dann natürlich die Frage: Wer kriegt welchen Satellitenkanal. Das war am Anfang. Eigentlich wären die nicht knapp gewesen, aber sie wurden trotzdem so verteilt. Es gab eine begrenzte Zahl von Leuten, die es machen konnten, weil die Reichweiten waren doch noch ziemlich niedrig. Dann kam eben die zweite Stufe. Erstmal dachte man, es gibt keine terrestrischen Frequenzen. Also die herkömmliche Art der Fernsehverbreitung. Aber es stellte sich dann heraus, dass es sehr wohl Möglichkeiten gab, auch Fernsehen über zusätzliche, bisher nicht genutzte terrestrische Frequenzen zu verbreiten.

Da kommen wir noch drauf. Das ist ein ganz spezielles Gebiet, in dem Sie sich besonders auch hervorgetan haben. Ich würde gern auf den Hörfunkbereich kommen. Auf die Vergabe dieser zwei starken Frequenzen. Da hatten Sie gesagt, dass sie in Berlin das Glück hatten, dass die Zeitungsverlage sich nicht einigen konnten.

Wenn ich die bundesweite Entwicklung insgesamt sehe, ist das dominierende Modell gewesen, dass die Verleger, die ja selber keine Lokalstation betreiben konnten, weil man da das Doppelproblem gehabt hätte: Zeitung plus Radio. Die außerdem auf der anderen Seite immer die Befürchtung hatten, dass sie durch den privaten Hörfunk viel verlieren würden. Eine Befürchtung, die sich dann nicht bewahrheitet hat. Aber sie haben natürlich einen hohen politischen Einfluss gehabt in ihren jeweiligen Ländern. So war das Modell angefangen von Schleswig-Holstein, aber dann auch Hamburg und andere Länder, dass sie sich zusammengeschlossen haben in der landesweiten Kette. Zum Teil wurde dann verboten, dass sie lokale Programme machen. Das ist in einigen Ländern bis heute noch so. Sie haben sich dann im Gemeinschaftsunternehmen zusammengeschlossen und dann die ersten Frequenzen bekommen. Das hat angefangen, wie gesagt, in Schleswig-Holstein und ging dann weiter über auf andere Länder. Es gab dann andere Modelle. Das kennen Sie gut aus Baden-Württemberg. Dort hat man von vornherein auf lokale Modelle gesetzt. Und es gab Mischmodelle wie in Bayern, wo man sowohl landesweite als auch lokale hatte.

In Berlin hatten wir erstmal eine einzige Frequenz. Der „Tagesspiegel“ hat von vornherein ausgeschlossen, mit dem Springer-Verlag zusammen zu gehen, der damals eine sehr starke Stellung in Berlin hatte. Anders in Hamburg, da gab es eine Zusammenarbeit auch mit dem Springer-Verlag. Der „Tagesspiegel“ allein wollte zwar auch, konnte aber nicht von seinen Fähigkeiten her, weil er doch eher ein Zeitungshaus war. Das war dann die Chance von Ulrich Schamoni, der ein paar mittelständische Gesellschafter aus der Berliner Bauwirtschaft zusammen gekriegt hat. Und der mit Georg Gafron jemanden gefunden hat, der bei RIAS 2 gute Erfahrungen gesammelt hatte. Es war dann eine Zeit lang der erfolgreichste Sender. RIAS war noch ziemlich erfolgreich, aber der SFB war in diesen Zeiten nicht so besonders gut im Radio. Deswegen war es für die Privaten gar nicht so schwer, hier Reichweiten zu erzielen.

Das war das Modell. Wir hatten dann ja, weil Berlin immer mehr war als nur das, haben wir auch „Radio 100“ zugelassen. Was ein sehr interessantes Modell war, insbesondere für spätere Karrieren. Viele, die da gearbeitet haben, waren später anderswo erfolgreich im Radio, haben weitergearbeitet. Aber das Modell selber hatte natürlich Finanzierungsprobleme, weil Radio, anders als die „taz“ – die „taz“ ist ein ähnliches Modell im Printbereich, wird aber eben dadurch finanziert, dass die Abonnenten zahlen. Dieses Modell funktioniert im Radio, das man auch so empfangen kann, eben nicht. So ist dieses Modell letztlich gescheitert. War aber trotzdem eine ziemliche Bereicherung in dieser Anfangszeit.

Weil viele Karrieren herausgekommen sind.

Viele ja. Weil die Leute gelernt haben. Radio ist heute nicht mehr so das innovative Medium, aber damals war es das. Damals gab es auch Radio „Glasnost“, gab es das erste „Schwulenradio“ und so weiter. Sachen, die heute teilweise wieder selbstverständlich sind, die waren es damals eben nicht.

Oder zum Teil nur noch bei Freien Radios zu hören sind.

Und haben damals die Bandbreite von Berlin dargestellt.

Aber das war noch in der geteilten Stadt. Waren da die Frequenzen in der Hoheit der Alliierten?

Ja, aber die Alliierten haben dann auch Spielräume gelassen. Ich sage mal, die Alliierten hätten rechtlich die Möglichkeit gehabt, alles zu unterbinden. Haben aber hier ein sehr kluges Regime geführt, hatten natürlich auf der anderen Seite ihre eigenen Interessen. Das hat sich dann im Fernsehen gezeigt mit RIAS TV. RIAS TV war keine deutsche Einrichtung, sondern war in den späten 1980er Jahren eine der Versuche der amerikanischen Regierung, über die Medien Einfluss zu nehmen. Reagan hat da sehr viel damals investiert – auch was die Expansion von Sendern für die damals sozialistischen Staaten anging. RIAS TV war auch einer der Ansätze. Wir haben dann eine pragmatische Lösung hinbekommen. Wir haben erstmals eine Frequenz gefunden, die leer stand. Die ursprünglich für die Verbindung zwischen Berlin und Westdeutschland da war, dafür aber nicht genutzt wurde. Das war so eine Grauzone, wer ist da wo überhaupt zuständig. Es gab immer noch die Post, die Landespostdirektion Berlin. Es gab uns. Wir haben dann praktisch eine Lösung hinbekommen, dass wir den großen Teil der Frequenz nutzen konnten für Private. Aber es war ein Fenster für RIAS TV darauf. Das dann neu gestartet ist. RIAS TV ist später in Deutsche Welle TV aufgegangen. So war die Zusammenarbeit.

Dann kommen wir zur Wiedervereinigung. Das war ein Prozess, der über viele Ebenen ging. Herausgekommen ist die erste länderübergreifende Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb). Wenn ich das so im Nachhinein betrachte, waren da sehr viele Möglichkeiten, sich zu entwickeln. Zum Beispiel, dass auch der Medienrat geblieben ist in der schlanken Form und nicht zu einem großem ausgeweitet wurde. Da gab es auch eine Diskussion zu diesem Punkt der speziell abgelaufen ist. Also vielleicht schildern Sie nochmal ein bisschen die einzelnen Schritte, denn das ist ganz schwer nachzuvollziehen für jemanden, der nicht dabei war.

Also 1989 war ein besonderes Jahr. In Berlin hat es damit angefangen, dass im Januar Wahlen im Abgeordnetenhaus waren. Da ist die CDU abgewählt worden. Walter Momper wurde Regierender Bürgermeister in einer rot-grünen Koalition. Im Medienbereich war sie damals sehr skeptisch gegenüber privatem Rundfunk und wollte ein neues Gesetz machen statt des Kabelpilotprojektgesetzes, was ohnehin dann auslief 1990. Was vorsah, dass das Modell Kabelrat abgeschafft wird. Das war dann auch verfassungsrechtlich etwas problematisch. Es gab Diskussionen darum, ob es so geht, wie die damalige Mehrheit sich das vorgestellt hatte.

Aber dann kam es eben im Verlauf 1989 auch zu dem Wendeprozess in der DDR. Parallel waren übrigens auch andere Überlegungen da. Helmut Thoma hatte Gespräche geführt mit dem DDR-Rundfunk - kann man da nicht eine Frequenz anmieten? Weil es immer wieder Geschäfte zwischen West und Ost gab. Die Berliner haben ihren Müll in der DDR entsorgt und die DDR brauchte dringend Devisen. So war dann die Frage: Wenn wir in Westberlin keine Frequenz kriegen – RTL hatte keine bekommen, wollte natürlich auch eine haben – und der Fernsehturm steht in Ostberlin, kriegen wir da nicht eine Frequenz? Können wir nicht mit dem Herrn Schalck-Golodkowski so aushandeln, dass wir da eine Frequenz kriegen? Solche Gespräche gab es dann tatsächlich.

Dann gab es seit dem 09. November die Öffnung und bald darauf die neue Regierung in der DDR. Und da gab es eine große Begehrlichkeit der westdeutschen Unternehmen, dieses neue Gebiet zu nutzen. Der damalige DDR-Rundfunk hat lukrative Werbeaufträge bekommen, weil die Westunternehmen zum ersten Mal eine Möglichkeit hatten, für ihre Produkte in der DDR zu werben. Dann gab es auch in der DDR Vorstellungen zur künftigen Medienordnung. Es gab einen Medienkontrollrat. Ich war da auch ein paar mal. So nach dem Prinzip Runder Tisch mit einigen kundigen Leuten, einigen weniger kundigen und einigen aus der etablierten Szene, aber anderen aus den Bürgerrechtsgruppen. Die natürlich auch vor eine riesige Herausforderung gestellt waren, wie mache ich eine neue Medienordnung? Die erste Zeit war nicht so, dass alle sagten, jetzt läuft es auf eine Wiedervereinigung zu. Sondern in der DDR eher: Wir wollen eine neue Ordnung bei uns haben. Es gab auch einen Medienminister und es gab ein Mediengesetz. Das ist dann immer überlagert worden von dem Einigungsprozess, der dann hinführte zur Währungsunion im Juli. Das war alles nicht einmal in einem Jahr. Dann im Oktober kam die Deutsche Einheit.

Also es ging alles sehr schnell, aber zwischendurch eben schon mit vielen Schattierungen. Die Frage an uns, wo sind wir in diesem Prozess, was ist mit diesem Berlin – der Ostteil Berlins war auch Hauptstadt der DDR. Wie geht es weiter? Die Grenzen waren offen, aber trotzdem waren es natürlich noch ganz unterschiedliche Ordnungen. Das unter hohem Zeitdruck. Wie geht es weiter? Es war klar, dass die alten Sender nicht auf Dauer so bestehen konnten. Dann gab es die Bestrebungen, in der DDR Länder einzuführen. Die gab es ja nicht. Es gab einen zentralen DDR-Rundfunk. Wie löst sich das alles ab? Umgekehrt gab es natürlich auch Vorstellungen in der DDR noch. Wir machen das dritte Fernsehprogramm. Neben ARD und ZDF gibt es ein Drittes, das aus der DDR kommt. Die wollten ihre Sache eigentlich retten.

Verständlicherweise.

Verständlicherweise. Dann kamen natürlich die Experten aus dem Westen in den Osten und haben die beraten. Im Prinzip ist natürlich ein bisschen die DDR überfahren worden. Sie hatte nicht das Know-how. Ich sage mal, woher auch. Wie mache ich eine neue Medienordnung aus einer, die sehr staatsbestimmt war und wo es erst einmal gar keine Ordnung mehr gab. Manche sagen, die meisten Freiräume haben Sie damals gehabt wie bei „Elf99“, weil niemand kontrolliert hat. Viele haben sich gewendet und haben früher mitgemacht, und jetzt agierten sie plötzlich ganz anders. Aber das haben wir in Westdeutschland auch erlebt, wenn ich überlege, wie vieles angefangen hat mit Karrieren, die durchaus auch früher anders waren in der NS-Zeit.

Insofern war das eine unglaubliche Umbruchzeit. Bloß, es hat sich dann ab Sommer in etwa so herausgestellt, es geht jetzt zur Deutschen Einheit. Dann gab es die Vorstellung des Artikel 31, glaube ich, des Einigungsvertrages: Ich überführe den DDR-Rundfunk in eine Einrichtung, die dann aber abwickeln soll. Dann wird neu aufgebaut in den einzelnen Bundesländern. Die ganze Welt hat sich geändert. Nun gab es aber schon Themen wie RIAS 2 und der Berliner Rundfunk, die keine Zukunft mehr hatten. Wir haben dann ziemlich schnell viele Gespräche geführt, da gab es dann aber auch die Gründung des Landes Brandenburg. Es gab die ersten Personen, die da unterstützt haben. Erhard Thomas hat da eine große Rolle gespielt als späterer Regierungssprecher von Stolpe. Wir hatten eine Expertenkommission, die dann sich bunt zusammengesetzt hat – Regionalausschuss nannte sich das – zwischen Personen aus Berlin und Brandenburg. Ich saß da auch drin.

Dann haben wir ziemlich erfolgreich für die Idee geworben, dass Berlin und Brandenburg zusammenarbeiten müssen, weil wir rein von der geografischen Lage – der Fernsehturm steht mitten in Berlin, aber auch mitten in Brandenburg – aufeinander angewiesen sind. Wir hätten, wenn wir es geteilt hätten, so etwas erlebt, was in Hamburg, Schleswig-Holstein zum Beispiel passiert: Streit um Frequenzen – natürlich überstrahlt man das andere Gebiet auch. Es wäre eine sehr ungute Situation entstanden, wenn Brandenburg eigene Frequenzen gehabt hätte, Berlin eigene Frequenzen und jeweils eine eigene Medienanstalt, die die verteilt. Deswegen haben wir uns für das Modell eingesetzt: Es gibt eine gemeinsame Institution. Insofern auch abweichend von anderen Ländern, dass wir sagen: Es gibt eine gemeinsame Frequenzordnung, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und den privaten Rundfunk einschließt.

Bei der Diskussion zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Brandenburg haben alle schnell gesagt: Wir wollen nicht beim SFB unterkommen, weil wir da untergebuttert werden, sondern wir wollen einen eigenen Rundfunk Brandenburg schaffen. Was natürlich gleich die Frage stellte: Wie kriegt der Verbreitungsmöglichkeiten. Insofern kam das alles zusammen in der Diskussion. Raus kam letztlich dieser Medienstaatsvertrag Berlin-Brandenburg, der schon Vorwirkung hatte. In der Übergangsregelung als Anstalt für Kabelkommunikation Berlin haben wir Frequenzen auch vergeben, die weit nach Brandenburg gegangen sind. Da war das Vertrauen auf der anderen Seite da, dass wir die Interessen von Brandenburg auch berücksichtigen.

Aber zuerst war ganz Berlin?

Zuerst war ganz Berlin. Berlin war dann eine Stadt. Momper war dann Regierender Bürgermeister von ganz Berlin mit der Deutschen Einheit. Das war noch vor dem Me-

dienststaatsvertrag. Dann gab es eine Übergangszeit bis Brandenburg handlungsfähig geworden ist. Da wurde verhandelt zwischen beiden Ländern. Wir waren dann die erste gemeinsame Institution von Berlin und Brandenburg. Das war auch eine sehr spannende Übergangszeit. Es war niemand da. Insofern hatten wir es sehr viel einfacher als im öffentlich-rechtlichen Bereich. Dort war das Problem, da war der SFB als Westberliner Sender. Der schon nicht unbedingt für den Ostteil der Stadt stand.

Und schon gar nicht für Brandenburg.

Und schon gar nicht für Brandenburg. Der damalige Intendant Lojewski hatte die Vorstellung, er gemeindet das alles ein. Das gab natürlich verständliche Widerstände bei den anderen. Es gab für Ostteile Berlins keine Alternative, einen eigenen Sender zu machen. Das war nicht realistisch. Aber für Brandenburg schon. Es gab verschiedene Optionen. Man hätte sich mit Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern zusammenschließen können, aber es kam dann keine gemeinsame Lösung zustande. Da blieb der SFB für Berlin und der ORB (Ostdeutscher Rundfunk Brandenburg) wurde neu gegründet mit Herrn von Sell als Gründungsbeauftragten. Nachher kam Hansjürgen Rosenbauer als Intendant für Brandenburg. Die mitteldeutschen Länder haben mit dem MDR eine gemeinsame Lösung geschafft, und der NDR hat Mecklenburg-Vorpommern einkassiert. Das war dann die Ausgangslage, die auch der Medienanstalt ihre Rolle zugewiesen hat. Ich sage mal, ganz anders als bei den Medienanstalten in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, die standen einem gemeinsamen öffentlich-rechtlichen Rundfunk gegenüber.

Wir waren eine Institution, die für zwei öffentlich-rechtliche Anstalten zuständig war und jetzt zu regeln hatte, dass diese Anstalten auch vernünftig mit Frequenzen ausgestattet wurden, weil in Brandenburg das Problem bestand, dass die Randzonen von Brandenburg von Berlin aus nicht versorgt wurden und hier neue Strukturen aufgebaut werden mussten. Wir haben bewusst dann auch den privaten Rundfunk in Brandenburg erstmals zurückgestellt. Die Priorität war, erstmal dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine vernünftige Versorgung zu verschaffen. Wir haben dann auch eine gemeinsame Gesellschaft gegründet mit dem ORB, nicht mit dem SFB. Der SFB war abgeneigt: Wir können das selber, wir wollen gar nicht. Insofern hatten wir von vornherein eine ziemlich enge Verbindung mit Brandenburg.

Für uns war klar, wenn wir das Vertrauen von Brandenburg haben, dann müssen wir es auch rechtfertigen. Brandenburg ist von vornherein, ich sage mal, der unterlegene Teil in diesem Ballungsraum. Einerseits Berlin, aber zum Ballungsraum Berlin gehört auch teilweise Brandenburg. Das war für uns immer wichtig, dass wir sagen: Wir sind die Medienanstalt von Berlin und Brandenburg und möchten natürlich auch nicht, dass Berlin sich einfach ausdehnt nach Brandenburg und dort die Reichweiten nutzt, sondern dass eben auch in Brandenburg etwas entstehen kann. Wir haben auf der anderen Seite eine positive Entwicklung beim ORB, der neue Sachen entwickeln konnte – flexibler war, weil er eine neuere Institution war als der SFB. Zum Beispiel „Inforadio“ war dann so eine Gründung, die gelungen ist. Ich sage mal, auch dank des ORB und der Frequenzen, die wir dann dem ORB dafür gegeben haben. Während der SFB damals ein Gemeinschaftsprojekt haben wollte mit dem MDR, da hätte es das „Inforadio“ aus Leipzig gegeben. So kam das Inforadio zustande.

Ein eigenes Angebot für Brandenburg.

Eine eigene Anstalt mit eigenen Programmen war auf Dauer nicht unbedingt finanzierbar, aber für deren Anfang, glaube ich, wichtig, dass dieses Land seine Identität fand. Es hat erstaunlicherweise gut funktioniert. Viele dachten, es geht gar nicht, so ein kleines Land mit so wenig Einwohnern. Aber es funktionierte doch. Später war der Druck dann doch da zur Fusion von ORB und SFB. Bei der Medienanstalt war die Situation anders, sie hatte natürlich einen Vorteil: Es gab keine Medienanstalt in Brandenburg. Schwieriger ist es, siehe Hamburg und Schleswig-Holstein, wenn zwei Medienanstalten da sind, die sich fusionieren müssen mit allem, mit Personal. Die haben größere Probleme, als wenn nichts da ist. Und wir waren klein. Wir haben keine Rieseninstitution gehabt wie der SFB, der sich dann ausdehnt. Dadurch, dass wir die Rundfunkversorgungsgesellschaft übernommen haben, haben wir auch Brandenburger Interessen und Mitarbeiter aus Brandenburg berücksichtigt.

Welche Rolle spielt denn bei diesem Prozess Professor Benda?

Also Benda war, glaube ich, auch mit dafür maßgeblich, dass auf Brandenburger Seite das Vertrauen da war, dass das eine gute Lösung gibt. Benda kannte ja auch Stolpe von früheren Zeiten her schon. Die haben beide gut miteinander gekonnt. Er war Ministerpräsident in Brandenburg. Wir hatten auch sonst auf Brandenburger Seite Leute, die weitsichtig waren zum Beispiel bei der Zusammensetzung des Medienrats. Es war nicht selbstverständlich, dass sich der Medienrat von fünf auf sieben erweitert. Es wäre schwieriger gewesen, wenn man von fünf auf zwölf oder wie auch immer gegangen wäre. Die vernünftige Haltung war erstmal dieser Institution zu vertrauen und auch letztendlich Benda zu vertrauen, dass es eine vernünftige Lösung gibt. Es war ein neues Konsensmodell erforderlich, das bis heute gilt. Der Vorsitzende muss mit zwei Dritteln von beiden Parlamenten gewählt werden und die jeweils drei Mitglieder aus den Ländern mit einer entsprechenden Mehrheit in den jeweiligen Landesparlamenten. Das hat dann eigentlich auch ganz gut funktioniert. Das war nicht selbstverständlich zu sagen: „Ich überlasse jetzt denen, die auch im Wesentlichen aus dem Westen kommen, unsere Frequenzordnung“.

Er hat sich dafür auch stark gemacht. Er hat sich wohl auch sehr stark in diese ganzen Geschichten hineinversteuert.

Er hat die Gespräche auch mitgeführt. Und ich sage mal, er wurde dann auch gewählt als Vorsitzender des Medienrates von Berlin und Brandenburg. Wir hatten auf der anderen Seite auch andere, die Zusammensetzung des Medienrates war schon ziemlich gut. Wir hatten Frank Dahrendorf als Stellvertretenden Vorsitzenden. Immer Leute mit ausgewiesener journalistischer Kompetenz wie Manfred Rexin, der jetzt leider gestorben ist. Also es war ein Modell, das damals natürlich auch attraktiv war, für Leute reinzugehen, weil es was zu entscheiden gab. Es war umgekehrt auch interessant, was der Medienrat zu tun hatte. Das war eine Herausforderung. Wobei man dann sehen muss, dass das Modell dann an seine Grenzen kommt, wenn es nicht mehr so große Herausforderungen gibt. Damals waren die größten Herausforderungen: Wie mache ich das? Es gab auch viel zu verteilen. Es gab eine ganze Reihe von Hörfrequenzen. Es gab Fernsehfrequenzen, die damals alle viel mehr bedeutsam waren, als sie heute noch sind.

Professor Benda war ja 24 Jahre in dieser Funktion. Das ist eine lange Zeit für Gestaltung. Also man sagte auch, Geschlossenheit nach außen signalisiert Einigkeit in der Sache nach innen. Man hat selten was über Streitigkeiten zwischen dem Direktor und dem Medienrat nach außen vernehmen können.

Wir hatten auch keine. Natürlich waren wir nicht immer einer Auffassung. Ich sage mal, der Direktor hat die Entscheidung vorzubereiten. Es gab einige Bereiche, wo der Medienrat sich relativ wenig gekümmert hat – wie die ganzen technischen Entwicklungen. Es gibt andere, wo der Medienrat die entscheidende Position hatte und ich auch keinen Vorschlag gemacht habe. Also bei den Auswahlverfahren hat jeweils der Medienrat entschieden. Wir haben natürlich aufbereitet, was es zu den Anträgen zu sagen gab, aber nicht gesagt, wir schlagen euch vor den Bewerber X zu nehmen. Das war eine Sache, die das Gremium gemacht hat. Ich sage mal, Benda hatte hervorragende Fähigkeiten gehabt, auch immer andere einzubeziehen. Er hat nicht dominiert. Aber er hat es so gesteuert, dass alle sich mitgenommen fühlten. Natürlich haben wir vorher uns jeweils getroffen und die Sachen vorbesprochen, aber ohne, dass sich die anderen ausgeschlossen gefühlt haben. Also das war schon eine sehr angenehme Art des Arbeitens.

Einmal in Monat gab es das?

Einmal im Monat, ja und natürlich zwischendurch, wenn es was wichtiges Neues gab. Ich kenne natürlich auch andere Verfahren, wie das läuft. Besonders schrecklich in Baden-Württemberg damals. Man kriegt das auch mit, wie dann zwischen Gremiovorsitzenden und dem Direktor oder Geschäftsführer es auch sehr schwierig sein kann. Das war das große Glück, sonst hätte ich es wahrscheinlich auch nicht so lange gemacht. Benda vielleicht umgekehrt auch nicht, da wir ein eingespieltes Team waren.

Von daher konnten Sie auch einiges auf den Weg bringen. Trotzdem noch eine Nachfrage: Die rot-grüne Regierung hatte die Absicht, die Strukturen zu verändern. Wie haben Sie das abwenden können?

Letztlich hat uns der Fall der Mauer gerettet. Ich denke, wenn das nicht gekommen wäre, da waren die Mehrheiten, rot-grün ist ja nachher zerbrochen, aber, ich weiß nicht, wie schnell das passiert wäre. Uns hat dieser Einigungsprozess das Modell gerettet.

Die Strukturen blieben bis auf die Erweiterung von fünf auf sieben im Medienrat.

Ja, der Medienstaatsvertrag war sicherlich der modernere Vertrag, jetzt ging es um den Medienrat und nicht um den Kabelrat. Der Vertrag hatte zusätzliche Vorschriften, was den öffentlich-rechtlichen Rundfunk angeht und wurde damals ausgehandelt zwischen Berlin und Brandenburg. Das war schon ganz professionell.

Also die schlanken Strukturen der Landesmedienanstalt. Sie gelten als Schwabe als sehr sparsam, was das Verausgaben von Geldern angeht. Sie haben nie einen Dienstwagen gehabt im Vergleich zu vielen anderen Direktoren und Präsidenten der anderen Landesmedienanstalten. Das Geld wurde von Ihnen sehr sorgfältig verwaltet. Sie hatten einen Etat von den Rundfunkgebühren so um die sechs Millionen, hatten 13 Beschäftigte.

Na gut, ich meine, wir haben bewusst nicht so expandiert wie andere. Andere haben mehr Mitarbeiter. Gut, wir haben einen Offenen Kanal noch übernommen und wir haben

diese Gesellschaft zur Förderung der Rundfunkversorgung übernommen, nicht allein, aber insofern kamen dann schon durch die neuen Aufgaben neue Personen dazu. Aber sonst im Kern waren wir sehr schlank. Als ich den DLM-Vorsitz hatte, hatte ich nur eine Mitarbeiterin, die mich da unterstützt hat und eine Sachbearbeiterin, und das war alles.

Das ist ambitioniert.

Und das in Zeiten, in denen es dann um ziemlich viel ging. Das ging dann auch. Da staunt man dann manchmal, wie es eben auch möglich ist. Aber es hat auch Spaß gemacht mit einer kleinen Mannschaft, mit Frau Grams und Frau Zahrnt. Ich hatte auch nur eine Juristin, andere haben vier oder fünf. Im Prinzip wollten meine Leute das auch lieber so. Deswegen waren wir eine ziemlich schlagkräftige Mannschaft und dadurch, dass es eben auch viel Interessantes zu tun gab, hat sich natürlich ein ganz gutes Klima entwickelt. Also insgesamt hat es, glaube ich, allen Spaß gemacht. Auch wenn es manchmal nach Außen schwierig war, intern hat es immer gut funktioniert.

Sie hatten von Anfang an gleich den Jugendschutz mitbegleitet. Da waren die Vorstellungen, glaube ich, auch und in den Landesmedienanstalten zum Teil sehr unterschiedlich verlaufen. Einige wollten strenge, andere, wie auch Sie, gehörten zu den eher Liberaleren, was die Wahrnehmung des Jugendschutzes anging.

Wie war die Zusammenarbeit unter den Landesmedienanstalten? Ich glaube die Strukturen, der Aufbau der verschiedenen Arbeitskreise, wir haben es schon genannt Werbung, Jugendschutz, dann später Konzentration, Regulierung insgesamt kamen ja viel stärker in den Fokus.

Sie hatten einen besonderen Gegenpart unter den Direktoren im Süden in Bayern bei der BLM sitzen. Vielleicht können Sie das am Beispiel dieser Konzentration von Kirch mit seinen Sendern SAT.1, Pay TV, Lokal TV, ProSieben beschreiben. Kirch hatte dann noch einen Anteil von 40 Prozent beim Springer Verlag, der zur gerichtlichen Auseinandersetzung führte. Dabei ging es vor allem um Sport TV, den sein Sohn Thomas hatte und den er hier in Berlin platzieren wollte. Da hatten Sie dann irgendwann gesagt, so nicht.

Wir hatten da ja verschiedene Formen der Zusammenarbeit. Einerseits konnte ich den Jugendschutz mit aufbauen. Da haben wir auch externen Sachverstand mit dem Professor Schorb einbezogen. Das war eigentlich eine ganz schöne Zeit und war nicht ganz so formalisiert, wie das heute ist. Eine der schwierigsten Formen der Zusammenarbeit war das Medienkonzentrationsrecht, das lag zum Teil natürlich auch an der Gesetzgebung. Die hatte vielleicht einen, aus heutiger Sicht, Anfangsfehler auch vom Bundesverfassungsgericht durchaus mit initiiert. Dass man Vielfalt auch an der Zahl der Beteiligten festgemacht hat. Das Modell beinhaltet die Anbietergemeinschaft, wo möglichst viele zusammen kommen. Was nicht unbedingt zu stabilen Situationen geführt hat, weil natürlich einer versucht hat, dann doch irgendwie die Majorität indirekt zu erhalten.

Man hat nicht allzu viel zugelassen. Es gab die damaligen Konzentrationsvorschriften, die wie gesagt relativ streng waren. Das hat natürlich dann dazu geführt, dass die Unternehmen versucht haben, das zu umgehen. Und jemand der relativ wenig Wert auf Transparenz gelegt hat, war Leo Kirch. Leo Kirch hat im Hintergrund schon hinter SAT.1 gestanden, aber formell war er nie der Mehrheitseigentümer. Er hat sich mit den Zei-

tungsverlegern zusammengetan. PKS stammt noch aus der Zeit, Herr Doetz hat Ihnen sicher auch erzählt, wie das alles war. Aber Kirch war natürlich erstmals derjenige, der im Hintergrund mit Programmvorräten stand, das war ja sein eigentliches Ziel, seine Programmvorräte nicht nur über ZDF und ARD, sondern eben auch über diese privaten Sender auszustrahlen. Dann kam zusätzliche Macht dadurch bei den Sendern an, dass die Reichweiten explodiert sind. Das hatten wir erstmals mit den terrestrischen Frequenzen. Dann kam der direktstrahlende Satellit. Also sie wurden immer wichtiger und konnten auch immer mehr ins Programm investieren und haben übrigens auch mehr investiert in den Ländern. Ich meine, deswegen gab es auch diese Ansiedlungsprozesse.

Standortpolitik.

Standortpolitik. Also Kirch hat ziemlich viel aufgebaut in München und Umgebung. Auf der anderen Seite RTL in Köln. Es ist Clement gelungen, RTL von Luxemburg nach Köln zu verlagern, indem er ihnen indirekt die Frequenzen in Nordrhein-Westfalen, die besonders wertvoll waren von der Reichweite her dank Bevölkerungszahl, verschafft hat. Also insofern war da inzwischen eine ganz andere Landschaft entstanden und dann die Frage: Was dürfen die? Es war klar jemand darf nur ein großes Programm haben. Das hatte Leo Kirch mit SAT.1. Dann kam ProSieben dazu. ProSieben war in Schleswig-Holstein zugelassen und da war der Sohn von Leo Kirch beteiligt, Thomas Kirch. Der formell angeblich, wenn man nachfragte, überhaupt nichts zu tun hatte mit seinem Vater außer dem Verwandtschaftsgrad, und dann kam noch das Deutsche Sportfernsehen. Tele5 früher, das wurde umgewandelt in das Deutsche Sportfernsehen. Da tauchte dann auch noch plötzlich Berlusconi auf.

Also es war eine Situation, wo wir uns immer im Direktorenkreis abgestimmt haben. Es gab eine Arbeitsgruppe Vielfaltssicherung, da wurden die Fälle alle besprochen. Da gab es durchaus schon Kritik: Ist das alles richtig, was uns da vorgeführt wird? Aus Bayern kamen immer Vorlagen, das ist alles nachvollziehbar, was die sagen. Im Fall des Deutschen Sportfernsehens haben wir dann gesagt, also weniger wegen des Deutschen Sportfernsehens, sondern wegen der schon anzuzweifelnden Situation bei ProSieben, dass wir hier eine Situation haben, die mit dem Rundfunkstaatsvertrag nicht vereinbar ist. Dann gab es praktisch eine Aktion zum Jahresende 1992. Da hat Herr Ring die dann zugelassen und wir haben dann dagegen geklagt. Es war eine der größten Auseinandersetzungen, die wir hatten innerhalb der Medienanstalten. Letztlich haben wir zwar vor den Verwaltungsgerichten gewonnen, weil wir sagten, es muss einmal „nein“ gesagt werden. Wenn sie so wollen, ist es eine ähnliche Situation gewesen, wie sie später die KEK mal hatte, als der Springer Verlag ProSieben SAT.1 übernehmen wollte. Als die auch einmal gesagt haben, jetzt müssen wir auch mal „nein“ sagen. Es muss auch mal eine Situation geben, wo wir sagen: „Das ist nicht richtig“. Das Recht muss angewandt werden und wir werden nur dann ernst genommen, wenn wir das auch mal tun und nicht immer sagen: „Das ist gut. Wir können nicht feststellen, dass da irgendetwas nicht stimmt. Also akzeptieren wir das alles“. Wie gesagt, im Endergebnis haben wir damit keinen Erfolg gehabt, weil der Bayerische Verfassungsgerichtshof dann diese Sache aufgehoben hat. Später ging es an das Bundesverfassungsgericht, dann an das Bundesverwaltungsgericht. Also im Prinzip sind wir nachher juristisch bestätigt worden, aber inzwischen gab es praktisch die Amnestie, die das alles zugelassen hat.

Also für uns war es wichtig zu sagen: „Zeigen wir's mal“. Insofern hat es, wenn Sie so wollen, sowohl Herrn Ring als auch uns genutzt. Wir haben gezeigt, wir lassen nicht alles mit uns machen. Nachher hatte ich auch ein relativ gutes Verhältnis zu Herrn Kirch. Also wenn sie sich alles gefallen lassen, werden sie auch nicht unbedingt anerkannt. Ich bin zwar allein erst mal unter den Medienanstalten, aber insgesamt kann ich mich eher zeigen. Damals gab es eine Konzentrationsdebatte und zu Recht. Ich meine, parallel gab es Murdoch und es gab Berlusconi. Es war die große Zeit der Medienmogule. Herr Kirch hatte schon ziemlich großen Einfluss dadurch, dass er im Springer Verlag 40 Prozent hatte. Wenn jetzt Herr Döpfner nicht gewesen wäre und Frau Friede Springer, dann hätte er das auch mit übernehmen können. Er war schon ziemlich mächtig und damals auch ziemlich eng befreundet mit dem Bundeskanzler Kohl. Es war schon eine Situation, die kritisch war.

Deswegen, denke ich, war die Debatte damals zu Recht. Es wurde dann auch anders geregelt. Im Prinzip hat die Politik die Folgerung daraus gezogen, dass sie eine Amnestie erlässt. Auch Bertelsmann hatte Sachen gemacht, die nicht ganz kosher waren. Bloß auf der ProSieben-SAT.1-Seite war es eher mehr. Nachher kam ja auch heraus, dass ProSieben nicht von Thomas Kirch kontrolliert wurde, auch nicht von Herrn Wehking, der damals formell eine Rolle als Gesellschafter spielte, sondern dass das zu Kirch gehört.

Später kam dann Herr Kofler zu uns und sagte: „Ich möchte meine Lizenz jetzt in Berlin-Brandenburg haben“, weil er dann einen Aktiengang plante und für einen Aktiengang war eine gewisse Transparenz erforderlich. Deswegen kam er dann, nachdem er sich auch über andere Sachen in Schleswig-Holstein geärgert hatte, weil die ihn, glaube ich, mehr kontrollieren wollten in programmlicher Hinsicht, kam er dann mit der Lizenz nach Berlin-Brandenburg. Insofern ist heute noch Berlin für die Lizenz für ProSieben zuständig. SAT.1 hatte zwischenzeitlich auch mal in Berlin seinen Sitz.

Aber innerhalb der Direktorenkonferenz kochte es?

Da kochte es. Das war eine Auseinandersetzung. Ironischerweise war ich damals auch noch Vorsitzender. Das muss ich Herrn Ring anrechnen, dass ich trotzdem akzeptiert wurde als Vorsitzender. Ich bin dann trotzdem etwas vorzeitig zurückgetreten wegen der Auseinandersetzung. Das war aber später. Also im Prinzip ging es da ziemlich zur Sache, aber es lag natürlich auch an einem Recht, das sicher zu wenig Spielräume ließ. Und es lag natürlich an der Standortpolitik. Herr Ring und damals gab es ja noch Herrn Stoiber, die haben natürlich sehr profitiert von Herrn Kirch, damals in der Aufbauphase.

Ähnliches galt dann für RTL in Nordrhein-Westfalen, dass da nicht immer richtig hingeguckt wurde. Das wäre wahrscheinlich im Kartellrecht genauso gewesen, wenn die Landeskartellbehörde in Baden-Württemberg für Daimler-Benz zuständig gewesen wäre, das wäre auch keine besonders effiziente Aufsicht dagewesen. Das lag am System. Man hat dann insgesamt, nachdem das Recht neu geordnet wurde, die Konzentrationskontrolle zurückgefahren.

Und auch die Standortpolitik war danach kein Thema mehr.

Sie war erstmal kein Thema, weil das Recht so großzügig war. Ich habe letztens erst ein Interview mit Herrn Schneider gelesen, der hat das eigentlich ganz gut dargestellt.

Also dass praktisch die Grenzen in dem Kompromiss von Bad Neuenahr, den Clement und Stoiber ausgehandelt hatten, in den Standortländern die Konzentrationsgrenzen so hoch gesetzt worden sind, dass kein Problem mehr entstanden ist. Da ist das Marktanteilsmodell eingeführt worden mit 30 Prozent Marktanteil, die niemand erreicht hat. Insofern haben die auch so viel Möglichkeiten erhalten, dass da kein großes Problem mehr war. Die Standortpolitik hat sich durchgesetzt, indem sie das Recht geändert hat. So hat man anstelle der Medienanstalten, die eben von der Struktur her auch nicht geeignet waren, das zu regeln, weil natürlich da unterschiedliche Interessen kamen, die KEK geschaffen. Die als neues Organ dafür zuständig wurde.

Die Kommission für Konzentration.

Für Ermittlung der Konzentrationsfragen, ja.

Das war wirklich eine bundespolitisch sehr bewegte Diskussion gewesen. Ich meine, man muss sich vorstellen, sie als kleine Landesmedienanstalt bieten Herrn Ring die Stirn. Sie sind für mich das Gegenteil von Herrn Ring. Er hat die repräsentative Medienanstalt mit ganz vielen Beschäftigten. Er braucht seinen Chauffeur und seinen Dienstwagen. Ich glaube, das mag jetzt rein medienrechtlich betrachtet keine Rolle spielen, aber es gibt auch so Persönlichkeiten, die aufeinandertreffen bei solchen Diskussionen.

Gut, trotzdem habe ich mich mit Herrn Ring in manchen Sachen gut verstanden und verstehe mich noch heute ganz gut mit ihm. Er hatte eben aus seiner Funktion her bestimmte Interessen zu berücksichtigen. Trotzdem hat er eine Medienanstalt geschaffen, die mit kompetenten Mitarbeitern besetzt war und nicht parteipolitisch. Aber in dieser Frage, glaube ich, hat er bayerische Interessen vertreten.

Es war eine sachliche Auseinandersetzung.

Es war nie eine persönliche Auseinandersetzung. So haben wir beide unsere Rollen verstanden. Wie gesagt, er machte als Verteidiger von Herrn Kirch sicher in Bayern Pluspunkte. Ich habe umgekehrt auch positive Resonanz gehabt, was immer es auch an Nerven gekostet hat zwischendurch. Weil das war ein echtes Problem. Ich sage mal, dass man sich nicht alles gefallen lässt, ist auch eher eine richtige Haltung. Das ist ein Problem der Medienanstalten vielleicht bis heute, wenn man sie mit Kartellbehörden vergleicht. Die Kartellbehörden haben deswegen eine gewisse Achtung der Unternehmen, weil sie auch mal „nein“ sagen können. Wenn jemand immer „ja“ sagt, dann wird er eben auch nicht so geachtet wie derjenige, von dem man weiß, er ist jetzt nicht im Verfolgungswahn, dass er die Unternehmen beschädigen will. Aber er achtet darauf, dass die Spielregeln auch eingehalten werden, wenn sie da sind.

Sie haben die Direktorenkonferenz als Vorsitzender verlassen und haben den Vorsitzenden in einem anderen Bereich, dem „digitalen Zugang“, übernommen. In diesem Bereich sind Sie dann bis zum Schluss auch geblieben. Sie sind als der „Digitalisierer“ unter den Landesmedienanstalten bekannt. Bevor wir inhaltlich darauf kommen, würde ich gern von Ihnen wissen wollen, wie kommt ein Jurist zu so einen tiefen Sachverstand im technischen Bereich, den Sie vorangetrieben und immer wieder Neues ausprobiert haben? Vielleicht liegt es auch dran, dass Sie schon bei der Wellenkonferenz 1984 dabei gewesen sind. Das müssen Sie ein bisschen erläutern.

Also gut. Als ich 1983 angefangen habe, hieß alles neue Medien und es gab noch Bildschirmtext und solche Sachen, da war es schon bei der Auswahl für mich wichtig zu sagen, es gibt hier neue Verbreitungsmöglichkeiten. Die muss ich verstehen. Ich muss verstehen, was kann ein Bildschirmtext. Was kann damals Videotext und was kann Kabelfernsehen? Das war immer eine interessante Frage: Wie funktioniert das alles? Weil die Technik entscheidet sehr drüber, wie die Rundfunklandschaft funktioniert. Das war damals schon bei der Kabelzentrale eine Frage. Niemand von uns hat sich vorstellen können, was heute über Kabel alles möglich ist. Damals gab es schon die Diskussion über Glasfaser oder Kupfer. Aber dass selbst die Telefondrähte mal so viel übertragen könnten, und das Internet war natürlich auch nicht vorstellbar. Wenn Sie überlegen, was damals die Länder mit Bildschirmtext geregelt haben. Aber es war und ist heute natürlich noch eine sehr spannende Zeit. Gerade wenn ich auch die Rundfunkregulierungsaufgaben habe, muss ich als Grundlage möglichst viel wissen, über das, wie es dahinter funktioniert. Da gab es ganz praktische Fragen nach Frequenzen und Reichweiten. Das war wichtig zu fragen, wie funktioniert das? Wie komme ich dahin, dass ich eine Frequenz finde? Wie funktionieren überhaupt Frequenzen? Deswegen habe ich mich immer darum gekümmert. Und es war auch immer spannend, wie funktioniert Technik und wo kann ich vielleicht die Technik so nutzen, dass sie auch der Vielfalt dient. Wie kann ich dann neue Möglichkeiten nutzen und wie kann ich auf der anderen Seite Regeln finden, die den sinnvollen Gebrauch neuer Möglichkeiten erlauben.

Also 1997 war das Internet eingeführt. Dann hatte auch die Landesmedienanstalt eine eigene Homepage. Seitdem kann man da u. a. die Pressemeldungen abrufen. Sie sind dann sichtbar gewesen.

Gut, aber da haben wir nicht mehr gemacht als andere. 1995 war für mich insofern eine ganz interessante Zeit, die Konzentrationsdebatte war praktisch gelaufen. 1995 als ich dann da ausgeschieden bin als Vorsitzender, da war die Frage, was macht man dann? Da hat das digitale Fernsehen angefangen. Sie haben noch nicht gesendet, aber es kam dann wieder Herr Kirch mit DF1. Es gab dann den erfolgreichen Versuch von Murdoch, über das digitale Fernsehen die Fernsehlandschaft zu verändern. Das ist in Großbritannien gelungen auch über die vielen Set-Top-Boxen. Herr Kirch hatte auch mal eine Million Set-Top-Boxen bestellt.

Also noch ein bisschen zur Erklärung. Das Überallfernsehen, DVB-T, das man über die Set-Top-Boxen empfangen kann.

DVB-T kam erst später. DVB-T ist eigentlich auch eine Nischentechnologie. Das eigentliche digitale Fernsehen kam über Satellit und Kabel. Es hat sich dann auch sehr verändert. In den 1990er Jahren ging die Zahl der terrestrischen Haushalte immer weiter zurück. Kabel und Satellit waren die Hauptübertragungswege, allerdings mit dem Problem, dass da nicht genügend Kapazitäten da waren im Kabel. Die Medienanstalten hatten dann eine ganze Weile Mangelverwaltung in Kabel und digital hatte erstmals den Vorteil, dass man viel mehr Übertragungsmöglichkeiten hat. Es hat aber den Nachteil, dass ich extra Geräte brauche. Das ist die Anfangsvoraussetzung gewesen. Wenn ich kein digitales Empfangsgerät habe, kann ich digitales Fernsehen nicht empfangen. Die Fernsehgeräte damals konnten das alle nicht. Also brauchte ich Set-Top-Boxen, mit denen ich die Sachen empfangen. Die waren auch noch relativ teuer. Deswegen hat

digitales Fernsehen angefangen mit Pay-TV. Das war eine ganz natürliche Entwicklung überall. Weil, ich sage mal, die Programme, das ist so eine Henne-Ei-Problem. Auch wenn sie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sehen. Der hat am Anfang zwar ziemlich bald gesagt: Wir müssen auch dabei sein, wir machen digitale Programme, aber die haben letztlich nur aus Wiederholungen bestanden. Umgekehrt investiert jeder Programmensch dort, wo er viele Zuschauer hat und nicht dort, wo er den Nischenkanal hat.

Also hat es relativ lange gedauert, bis digitales Fernsehen sozusagen im Free TV angekommen ist und große Reichweiten hatte, aber es hatte natürlich große Möglichkeiten im Fernsehen, weil sie jetzt zum Beispiel alle Fußballspiele übertragen konnten. Was im analogen Bereich nicht ging. Da haben sie einen einzigen Kanal gehabt, Premiere, und da können Sie ein Spiel übertragen und nicht mehr. Also hat digitales Fernsehen angefangen mit dem Pay-TV. Und dann entstand natürlich das Problem, dass es auch subventionierte Set-Top-Boxen gab und diese Set-Top-Boxen Steuerungsmöglichkeiten haben, eine Navigation darin war. Also es gab ein potenzielles Problem, dass jemand alles dominiert. Das ist in Großbritannien gelungen. In Deutschland ist es Herr Kirch nicht gelungen, weil er auch nicht so erfolgreich war im digitalen Fernsehen und letztlich auch gescheitert ist. Das war die Ursache letztlich für seine Insolvenz, dass er da zu viel investiert hat und zu wenig zurückbekommen hat.

Und auch das Angebot in Deutschland war ein anderes im Fernsbereich.

War ein anderes dadurch, dass es viel Expansion im Free-TV gab. Die Privaten haben immer mehr Kanäle gegründet, was digital auch noch ging. Und dann haben wir natürlich auch parallel die Expansion des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Die Rundfunkgebühr ist ja ziemlich gestiegen in der Zeit. Also konnten die auch immer mehr Kanäle machen. Deswegen wurde das Pay-TV nicht so interessant. Aber in Großbritannien kriegen Sie viel weniger Filme über Free-TV als in Deutschland. Deswegen ist es in Deutschland auch lange Zeit ziemlich schwierig gewesen.

Inzwischen hat jedes Fernsehgerät einen Empfänger für Digitalfernsehen. Da gibt es noch einen Regulierungsbedarf bei Navigatoren, aber das ist relativ wenig, weil inzwischen die Möglichkeiten der Zuschauer größer sind.

DVB-T war letztlich eine Folge des Erfolges der anderen Übertragungswege. Bei DVB-T war die Frage, ob ich überhaupt noch Terrestrik brauche. Wenn ich die Gesamtentwicklung sehe, hat es damit angefangen, dass die Fernsehfrequenzen sehr wertvoll waren. Damals waren noch ziemlich viele Haushalte eben nicht am Kabel und nicht am Satelliten. Über den Direktempfang haben dann doch viele Haushalte, gerade in den ländlichen Gegenden, den Antennenempfang aufgegeben. Terrestrik in Berlin ging so weit zurück, dass die ersten ihre Frequenzen zurückgegeben haben. N-TV war der erste, der gesagt hat: Es lohnt sich nicht mehr. Es ist zu teuer. Denn die Frequenzen sind relativ teuer und je weniger dann tatsächlich erreicht werden, dann ist eben die Frage: Läuft das Ding aus? Da in Berlin damals das Internet noch nicht da war als Übertragungsweg, war für uns die Frage: Erhalte ich diesen Weg?

Das war ein relativ schmales Zeitfenster, wo das möglich war.

Schmales Zeitfenster, ja. Da ist die Frage entweder das Ding läuft aus und Berlin ist eine Kabelstadt, wo 80 Prozent am Kabel hängen. Nun müssen die Haushalte zum Kabel gehen und bezahlen. Das war dann von der Kommunikation her auch, sage ich mal, die Möglichkeit zu sagen, ich erhalte den Weg, aber ich erhalte ihn nur, wenn ich den anderen abschalte. Es war klar, ich brauche ein attraktives Angebot, ich kann nicht beides parallel machen. Also das Problem, was heute noch DAB hat, wenn ich Kosten für beides tragen muss. Die TV-Veranstalter zahlen nicht beides, weil es dann teurer ist als bisher. Für den Verbraucher ist es nicht interessant, wenn ich zu wenig Programme habe. Die Dritten Programme, Kabel 1, RTL 2, Super RTL gab es nicht über Terrestrik. Ich muss den Haushalten mehr Programme geben und das Grundmodell war dafür: Du zahlst einmal eine damals ziemlich teure Set-Top-Box, aber dafür zahlst du keine Kabelgebühr.

Ich versuchte es, wir wussten nicht, was rauskommt. Also der Markt muss es testen. Ich wusste natürlich einerseits, dass die Politiker erstmal alle Angst hatten. Du schaltest Fernsehen ab. Also die haben dann nichts und auch die Armen haben nichts und die Behinderten, usw. Da gab es natürlich schon einige Sorgen. Wir haben die Verantwortung übernommen, zu sagen: Wir organisieren das, wir kommunizieren das. Wir kommunizieren nicht, geht alle zu Terrestrik, sondern ihr habt auch Kabel und Satellit, aber wir erklären euch, warum wir abschalten. Das war der Hauptteil der Kommunikationskampagne. Es ist dann viel besser gegangen als viele gedacht haben. Viele dachten, es gibt einen Volksaufstand. Wir haben natürlich schon dafür gesorgt, dass es für Sozialschwache sozialverträgliche Lösungen gab. Dann haben wir, damit wir die Privaten dazu kriegen, denen zusätzlich einen Teil der Senderkosten finanziert. Bei denen war es nicht selbstverständlich. Die hätten sagen können: „Wir machen nicht mit“. Wenn wir abschalten, dann gehen die Leute eben zu Kabel und Satellit. Also Reichweite verlieren wir letztlich nicht.

Wir hatten Interesse daran, dass es einen weiteren Übertragungsweg gab. Deswegen haben wir das subventioniert. Was später dann die EU-Kommission beanstandet hat. Aber es hatte den positiven Nebeneffekt, dass wir das Geld zurückgekriegt haben. Weil es erfolgreich war, haben die Privaten auch nicht abgeschaltet. Das Risiko war, wir haben eine Vereinbarung gemacht: „Ihr müsst fünf Jahre senden“. Niemand wusste, was dann passiert. Also wie viele Leute das wirklich nehmen. Es hätte sein können, dass ziemlich wenige DVB-T nehmen und es eigentlich unwirtschaftlich ist DVB-T zu senden. Aber wenn jemand 200 Euro für eine Set-Top-Box ausgegeben hat und nachher gar nichts empfängt, wird er wohl zu Recht ärgerlich. Deswegen haben wir eine Vereinbarung geschlossen: „Fünf Jahre müsst ihr mindestens senden. Dafür ersparen wir euch einen Teil der Senderkosten“.

Ja, aber Sie haben auch alle beteiligt, haben die Öffentlich-Rechtlichen wie die Privaten an einen Tisch bekommen.

Ja, das war für die Öffentlich-Rechtlichen auch leichter zu sagen: „Macht das mal in Berlin“. Also, bundesweit wäre das nicht möglich gewesen. Einer der Vorteile des Föderalismus: Sie können allein probieren und wenn es schief geht, dann sind es eben die Berliner und den anderen tut es nicht so weh. Aber dann haben wir einen Erkenntnisgewinn. Wir haben natürlich mit unserer Technikgesellschaft geworben für alle. Der

SFB musste ein bisschen geschubst werden von den anderen ARD-Anstalten, weil er selber es nicht gemacht hätte. Aber die anderen waren auch schon interessiert – Herr Pleitgen und andere.

Also an dem Versuch waren sie alle interessiert?

An dem Versuch waren sie interessiert und zu sagen: „Gut, die Berliner machen das. Wenn es schief geht, dann sind es eben die. Wenn es gut geht, dann machen wir das auch“.

Das ist sehr gut gegangen.

Es ist besser gegangen, als wir gedacht haben.

Bis das gekippt wurde, da waren sie in trockenen Tüchern quasi.

Insofern hat sich das Risiko, das wir hatten, dann nicht realisiert. Das wäre gewesen, wenn die Privaten gesagt hätten: „Jetzt schalten wir ab“. Das haben sie aber nicht gemacht. Obwohl sie die Subvention, die wir gegeben haben, haben zurückzahlen müssen zum größten Teil. Insofern hat dann die Medienanstalt Geld gehabt und konnte damit ein Medieninnovationszentrum gründen. Also das ist so ein gewisser Zusammenhang, weil DVB-T unser größtes Projekt war.

Aber der Vorteil war noch ein anderer. Durch das Abschalten der analogen Frequenzen haben Sie dann noch Spielräume neu dazugewonnen.

Na gut, wir haben das Geld zurückgekriegt. DVB-T war dann schon für uns ein Erfolgsmodell, weil es in Berlin doch ziemlich viele akzeptiert haben. Also mehr als gedacht. Es ging reibungsloser über die Bühne, als von vielen erwartet. Dann kam Nordrhein-Westfalen. Inzwischen ist es überall abgeschaltet. Bloß jetzt stellen sich neue Fragen mit DVB-T 2 und so weiter. Wie geht es da weiter? Wir hätten uns nicht so reingehängt, wenn es das Modell gewesen wäre, das wir nach der EU-Kommission damals eigentlich hätten machen müssen, das Modell: „Lasst die Leute zahlen. Macht so eine Art Kabel light, wo man nicht so viel zahlt wie bei Kabel, aber auch weniger Programme kriegt“. Das war die Vorstellung der EU-Kommission, wie es hätte laufen müssen. Das hätten wir nicht gemacht. Die Leute hatten freies Fernsehen, die waren daran gewöhnt. Und es war niemand da, der bereit war damals: Ich verbreite jetzt Set-Top-Boxen und dafür müsst ihr Leute so und so viel Euro im Monat zahlen. Also wie es jetzt praktisch läuft bei Media Broadcast. Also das wäre damals nicht gegangen. Die Attraktivität war auch für die Verbraucher zu sagen, diejenigen insbesondere Alleinhaushalte oder Jüngere, Studenten und so weiter, die haben DVB-T und zahlen nichts. Das war das Modell. Und das hat gut funktioniert, weil es einen gewissen Unmut immer auch über Kabel gab, weil ein Teil der Haushalte gar keine freie Entscheidung hatte, ob er Kabel zahlt oder nicht.

Mieter.

Mieter und so weiter. Berlin ist eine Mieterstadt. Das war, wenn Sie so wollen, unser größter Erfolg und hat uns dann weltweit Aufmerksamkeit gebracht. Gut, wobei das Modell nicht so leicht übertragbar ist. Wir haben früher abgeschaltet als die Amerikaner.

Es haben sich alle gewundert: Wie schafft ihr das? Aber es war natürlich auch deswegen, weil die Terrestrik schon ziemlich weit runtergekommen war. Es waren schon unter fünf Prozent. Es waren nicht mehr viele Haushalte, die betroffen waren. Wir konnten ihnen eindeutig einen Mehrnutzen geben. Das ist natürlich etwas, was anderswo, wenn sie viele terrestrische Haushalte haben, nicht ganz so leicht ist. Das Thema, wie teuer sind die Geräte, haben wir über Jahre hinweg beobachtet. Wir konnten es erst machen, als die Geräte so günstig waren und das hing wieder mit Kabel und Satellit zusammen. Wenn wir nur DVB-T gehabt hätten, wäre es nie möglich gewesen. Aber dadurch, dass die Set-Top-Boxen zu 90 Prozent die gleichen technischen Inhalte haben wie die anderen Set-Top-Boxen und je mehr im Markt sind, um so billiger werden sie. Deswegen war die Ausgangssituation so, dass wir das günstiger machen konnten.

Trotzdem war das ein Wagnis, auf dass sie sich eingelassen haben.

Ja gut, es war eben auch der Erfolg, dass man eine klare Analyse und Konzeption hatte. Dass es auch allein funktionieren kann. Auch im Kollegenkreis war es damals sehr umstritten. Herr Ring hat auch gesagt, das geht schief. Ich weiß noch, einmal in der Technischen Kommission, da waren alle noch auf DAB. Haben wir auch mal gemacht, aber unsere Analyse war: DAB funktioniert so nicht, da stecken wir kein weiteres Geld mehr rein. Aber DVB-T ist eine Chance, wo wir was tun können und auch was tun müssen. Wir haben insofern Glück gehabt. Wir hatten eine Vereinbarung aller Veranstalter und es war drei Monate bevor Kirch insolvent geworden ist. Dann hätten wir die wahrscheinlich nicht mehr hingekriegt, weil dann war eine unklare Situation. Ich brauchte das Einverständnis der Veranstalter, dass sie mitmachen. Ich konnte niemanden zwingen, zu sagen: „Jetzt stell mal um auf digital“. Wenn einer gesagt hätte „Ich mache es nicht“, dann hätten die anderen alle auch gesagt „Ich mache es nicht“. Insofern war es ein Überzeugungsprozess – ein Moderationsprozess, wo wir dann auch letztlich unsere Stärke ausspielen konnten. Da war auch wieder ganz wichtig, dass wir alle kannten, die dran beteiligt waren.

Wir haben das Überallfernsehen jetzt besprochen und wir haben jetzt nochmal das Thema Brandenburg, welches als Versorgungsgebiet dazugekommen ist. Dort gab es ganz wenig an Frequenzen sowohl für den Hörfunk als auch für das Fernsehen. Wie sind Sie an diese Aufgabe herangegangen?

Also in Brandenburg gab es schon Frequenzen. Ich sage mal, zunächst mal für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der dann flächendeckend verbreitet werden kann. Für Radio ist eine Frequenz immer noch die wichtigste Verbreitungsform. Für Fernsehen haben Frequenzen da weniger eine Rolle gespielt, weil Brandenburg eigentlich Satellitenland ist. Dort wo Kabel nicht ist, kommt der Satellit hin. Insofern gab es da keinen Bedarf mehr. Beim Radio fing es schon an, dass wir eine flächendeckende Kette für Brandenburg vergeben haben und es schwierig war, frequenzmäßig weitere flächendeckende Frequenzen zu vergeben.

Auf der anderen Seite lohnt es sich nicht unbedingt, bei den dünnbesiedelten Regionen für private Veranstalter dort zu verbreiten. In Cottbus und Frankfurt (Oder) haben wir mehr private Programme, aber die sind nicht flächendeckend. Insofern hat sich das fast selber reguliert. Interessant ist für jeden Veranstalter der Ballungsraum um Berlin, weil

man mit einer Frequenz sehr viele erreicht und dann eben noch die größeren Städte, die im Verhältnis zu anderen gar nicht so groß sind. Dann gibt es eben Gebiete wie Uckermark oder Prignitz, wo es ziemlich wenig Einwohner je Quadratkilometer gibt. Da ist es natürlich für private Veranstalter nicht so interessant.

Was parallel im Fernsehen sich entwickelt hat – und zwar zunächst einmal auch ohne, dass wir es zugelassen haben –, sind die Lokalveranstalter, die im Kabel verbreiten. Lokale Fernsehprogramme, die dann erst durch uns lizenziert wurden – meistens erstmal für zwei Jahre auf Probe. Sehr viele, die hier ihre neue Existenz aufgebaut haben. Was erstaunlich gut, sage ich mal, überlebt hat – immer auch mit Selbstausschöpfung, manche Förderungen aus Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, manchmal auch in Synergie mit Werbeagenturen oder teilweise haben Kabelgesellschaften sich selber daran beteiligt. Was aber eine Herausforderung bis heute ist: Wie kann lokales Fernsehen finanziert werden? Es ist ähnlich wie bei Werbeblättchen: Ich kann natürlich mit geringer Reichweite kein sehr aufwendiges Programm finanzieren. Trotzdem, die mabb hat immer versucht, das zu unterstützen. Sie darf das Programm finanziell nicht unterstützen, anders als in Bayern, aber sie kann die Verbreitung unterstützen. Da haben wir ihnen auch sehr geholfen, die digitalen Möglichkeiten zu nutzen. Wir haben viel investiert in die Ausbildung und Weiterbildung von Beschäftigten bei den Lokalveranstaltern. Wir haben ihnen dann auch noch die Verbreitung über Satellit ermöglicht. Allerdings auf einem Kanal, was dann auch Zeitpartagierung heißt. Was natürlich auch nicht ganz einfach ist: Wer sucht den Kanal, wer findet ihn? Eine bleibende Herausforderung, die sich inzwischen fast noch ausdehnt auf die anderen lokalen Medien, weil auch die Zeitungen im lokalen Bereich Schwierigkeiten haben, dadurch, dass eben die Akzeptanz nachlässt, die Bevölkerung eher sinkt. Es ist ein extrem schwieriges Thema, weil lokale Kommunikation natürlich sehr wichtig ist für ein Flächenland, aber es privat zu finanzieren wird auch zunehmend schwieriger. Da gibt es auch heute noch Herausforderungen und Vorschläge, es doch zu finanzieren aus einem Teil des Rundfunkbeitrages. Da bin ich jetzt nicht mehr beteiligt.

Aber die lokalen Fernsehveranstalter haben sich selbst zusammengeschlossen zu einem Dachverband und haben dann auch so etwas wie ein Mantelprogramm erstellt.

Nein, ein Mantelprogramm haben sie nie hingekriegt. Das war auch mal eine Frage: „Könnt ihr auch als Grundlage für eine gemeinsame Werbevermarktung gemeinsame Programmteile machen“. Was wir erreicht haben und was wir auch technisch gefordert haben, ist ein Programmaustausch. Also dass wir uns über eine Datenbank relativ leicht untereinander austauschen können. Aber jeder macht sein eigenes Programm und der Austausch hat seine Grenzen. Wen interessiert in Frankfurt (Oder), was in Cottbus passiert und umgekehrt. Das ist eine ziemliche Herausforderung. Eigentlich wäre das Internet die ideale Form der Verbreitung, weil ich dann zu jeder Zeit an jedem Ort das sehen kann und nicht das Thema Schleife habe. Das ist eigentlich eine alte, analoge Sache, dass ich immer wiederhole. Das ist eigentlich eine Sache, die im digitalen Zeitalter irgendwann nicht mehr sinnvoll ist. Die eigentliche Herausforderung ist heute Auffindbarkeit. Je besser ich bin, umso eher suchen mich die Leute und finden mich dann. Aber das ist auch so ein Henne-Ei-Problem.

Aber eine Homepage haben die alle inzwischen.

Aber trotzdem, wer geht dahin? Ich meine der Vorteil im analogen Bereich war die leichte Auffindbarkeit. Das ist für den Offenen Kanal ein ähnliches Thema. Wenn Sie einer von 32 Kanälen sind, wo die Leute noch mit der Fernbedienung durchzappen, haben Sie eine gute Chance, dass jemand mal darauf kommt. Wenn sie digital einer von 500 Kanälen sind und dann irgendwo unter Platz 342, wer sieht das dann? Also wenn ich weiß, dass da was Interessantes ist, dann finde ich das auch. Die frühere Medienregulierung hat dazu beigetragen, dass Leute Sachen einfach finden, weil es wenige waren. Da hat man eine Chance, deswegen gab es auch den Streit um Frequenzen, um analoge Kabelkapazitäten, weil sie sehr wertvoll waren, weil man sie leicht gefunden hat.

Die erste Stufe des digitalen Fernsehens, da gibt es eben schon sehr viel mehr, da gibt es z.B. die Navigatoren. Aber wer sucht Kanäle, die jetzt irgendwo weiter hinten sind. Man kann sie alle in eine Favoritenliste ganz oben einsetzen, aber wer macht das? Natürlich, je besser jemand ist oder wenn man sagt: Das ist ein ganz tolles Programm, da mache ich das, aber da muss man erstmals wissen, dass es da ist. Im Internet erst recht, da sind sie noch unter viel mehr Angeboten. Da kommt das Thema, die aktuelle Diskussion „must be found“, tue ich etwas, dass jemand das leichter findet. Wie tun Sie das? Und natürlich auch in gewissem Konflikt mit der Nutzersouveränität. Sie können dem Nutzer nicht unbedingt vorschreiben, wie er seine Sachen ordnet. Wenn sie eine personalisierte Google-Suche haben und der hat das nie genutzt, dann kommt das auch nicht vor.

Das eigentliche Thema ist, da bin ich überzeugt: Je attraktiver das Programm ist, umso eher setzt sich das dann auch durch. Es gibt Interesse an lokalen Informationen. Bloß wie? Ich brauche nicht für alles Videos. Das ist natürlich eine, sicher auch des Offenen Kanals, vielleicht eine übertriebene Vorstellung, jeder kann Video machen. Die Leute sind heute es gewöhnt, dass eine gewisse Qualität, jedenfalls bei längeren Videobeiträgen, da ist, bei kürzeren schafft man das eher, siehe YouTube. Aber bei längeren ist es schon sehr schwer eine Halbstunden-Sendung zu machen, bei der jemand bleibt, wenn die unprofessionell gemacht wird.

Aber immerhin, es gibt wenigstens ein Angebot aus dem lokalen Bereich.

Es ist da und wir haben das gefördert. Das ist eine der Hauptschwerpunkte der Förderung überhaupt noch, die verbleibt, weil andere Sachen muss man nicht mehr fördern.

Über Satellit ist teuer?

Satellit ist teuer, ja.

Das wissen wir aus anderen Bundesländern auch. Ich will nochmal zurückgehen auf die Zusammenarbeit unter den Landesmedienanstalten. Wir führen jetzt das Interview in der Gemeinsamen Geschäftsstelle der Landesmedienanstalten. Das war auch ein nicht so ganz einfacher Weg bis es dazu gekommen ist. Die Diskussionen dazu sind mir noch im Ohr. Sie haben sich immer dafür eingesetzt?

Ja, wobei nicht für alle Formen.

Bei der Gemeinsamen Landesmedienstelle ist die Legitimationsfrage der Landesmedienanstalt immer wieder ein Punkt gewesen. Die öffentliche Hinterfragung: Brauchen

wir überall eine Landesmedienanstalt? Diese Diskussion geht bis heute. Ich habe vor zwei Wochen mal wieder in der „Stuttgarter Zeitung“ einen großen Artikel gelesen, der genau diese Frage stellt. Wie war der Hintergrund? Aber Sie dürfen da aus dem Vollen schöpfen.

Ja gut, es gibt zwei Antworten. Die eine ist von den einzelnen Medienanstalten, dass sie sich dann auch neuen Aufgaben widmen können – siehe Medienkompetenz und Medieninnovationen. Bei den überregionalen Aufgaben ist es sinnvoll, die gemeinsam wahrzunehmen. Was sehr früh schwierig war, siehe Medienkonzentrationsvorschriften, das ist jetzt in der KEK gelandet, das war der erste Punkt der Zentralisierung. Wenn Sie so wollen, war es ein Prozess, der verschiedene Stadien durchlaufen hat. Der erste eben KEK, was praktisch nur in einem einzigen Fall noch relevant geworden ist: Springer-ProSiebenSat.1. Dann kam der Jugendschutz mit der KJM. Was, aus meiner Sicht, eher das Verfahren sehr bürokratisiert hat. Ich könnte mir andere Verfahren vorstellen, die mit viel weniger Abläufen auskommen, aber so ist es nun mal. Da ist nun die Rücksicht auf bestehende Strukturen der Medienanstalten gewesen. Dann ist natürlich auch naheliegend, dass man das, was man im Jugendschutz gemeinsam gemacht hat, auch für die Werbung macht und dass man auch in sonstigen Sachen zusammenarbeitet. Die Geschäftsstelle ist auch relativ groß. Im Verhältnis zu den Medienanstalten, da fragt man sich, wie haben wir das früher geschafft. Aber das hängt auch damit zusammen, dass die Abläufe nicht ganz einfach sind. Ich meine, wenn man es neu machen würde, würde man es sicher anders organisieren. Es ist nicht sinnvoll, dass jede Medienanstalt jemand für Jugendschutz und für Werbung und so weiter hat. Aber wenn sie eben so aufgebaut sind, dann muss man darauf Rücksicht nehmen.

Man hat die Menschen schon eingestellt?

Man hatte die Menschen schon eingestellt. Ich sehe schon ein paar Probleme. Einmal werden die Medienanstalten insgesamt immer älter, weil es eigentlich zu wenig Durchlässigkeit gibt zu anderen Institutionen. Das ist nicht ganz einfach. Ich bin auch sehr lange dabeigeblichen, weil es dann doch attraktiv ist, da zu bleiben. Die Geschäftsstelle ist schon ganz anders, sie ist jünger als die Medienanstalten meistens, also von den Mitarbeitern her. Aber sonst ist die Durchlässigkeit nicht so groß. Das ist ein Problem.

Was meinen Sie mit Durchlässigkeit?

Durchlässigkeit mit anderen Institutionen, Austausch mit anderen. Also wir werden alle gemeinsam älter. Ich habe es dann auch bei anderen gesehen, Offener Kanal und so weiter, dass es nicht ganz einfach ist. Die Vorteile des öffentlichen Dienstes haben auch Nachteile. Wir haben alle in der Aufbruchzeit angefangen. Die ist eigentlich zu Ende. Jetzt gibt es neue Aufbrüche und darauf haben dann die Medienanstalten nicht immer Antworten. Aber immerhin, sie haben jetzt eine Geschäftsstelle geschafft. Wir haben dann auch diese Fachausschüsse. Es klappt einigermaßen.

Ich erinnere mich, dass auch da Bayern immer ein bisschen andere Vorstellungen hatte. Oder täuscht mich das jetzt im Nachhinein?

Im Prinzip haben alle eingesehen, dass wir das gemeinsam machen müssen. Ich meine, es war für Benda ein schwieriger Schritt. Er hat es nicht so gut gefunden. Er hat eben

die Zeiten erlebt, wo die einzelnen Gremien wichtige Entscheidungen treffen konnten. Faktisch haben heute die Gremien der Medienanstalten über überregionale Sachen gar nichts mehr zu sagen. Sie können gerade noch mal entscheiden, ob eine DAB-Frequenz an den oder den geht. Für diejenigen, die die Gründungszeit erlebt haben, stellt sich heute die Frage - was ist denn da noch? Wozu brauche ich eine Gremienvorsitzendenkonferenz noch? Und umgekehrt kann man natürlich auch sagen, was die Medienanstalten früher entschieden haben, war vielleicht wichtiger, als das, was sie heute noch zu entscheiden haben. Dafür sind es viel mehr Mitarbeiter.

Ab 2001, ich komme jetzt zum Bereich Medienkompetenz, ist die mabb auch berechtigt, Medienkompetenzprojekte zu fördern. Das ist dann hier im Länderstaatsvertrag über Medien geregelt worden. 2001 haben Sie auch gleich gemeinsam mit dem Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) die Electronic-Media-School (ems) gegründet. Ein paar Jahre später (2006) wurden dann die ersten Volontäre ausgebildet. Können Sie die Gründe für diese Gründung erläutern?

Das hat zwei Gründe. Der eine hängt zusammen mit Berlin und Brandenburg. Da wir gefragt werden, wo gebt ihr euer Geld aus. Wir kriegen es aus zwei Ländern, wobei es keine Vorschriften direkt gibt, ihr müsst Geld da und da ausgeben. Es gab so bestimmte Schwerpunkte in Berlin. Siehe auch DVB-T. Es kam natürlich mehr Berlin aufgrund der Ausgangssituation zu Gute als Brandenburg. Deswegen waren wir immer vor der Frage: Was tun wir für Brandenburg? Lokal-TV ist ein Schwerpunkt der Förderung. Medienkompetenz sind die meisten Projekte auch in Berlin und nicht in Brandenburg, einfach weil es da mehr Anträge gibt und mehr Interessen. Deswegen haben wir uns bewusst Gedanken gemacht, was können wir, eine Institution, die ihren Sitz in Berlin und nicht in Brandenburg hat, was können wir am wichtigsten Standort Babelsberg machen.

Der zweite Grund: Medienausbildung und Medienkompetenz sind Aufgaben, die auch deswegen entstanden ist, weil andere weniger wichtig geworden sind – auch vom Finanzvolumen her. Bei der Technik war DVB-T das letzte große Projekt. Es gab dann noch kleinere, in denen wir weniger Geld ausgegeben haben wie die Versuche über drahtloses Internet und WLAN. Daher haben wir versucht, etwas Neues zu machen. Man hätte der Medienanstalt Geld wahrscheinlich weggenommen zugunsten der Filmförderung, wenn sie sich nicht etwas Eigenes hätte einfallen lassen. Deswegen war der Schwerpunkt dann Medienausbildung. Da haben wir auch die Chance gehabt, in die Electronic-Media-School zu investieren. Was im Wesentlichen dem ORB zugute kam. Wobei Sie sehen müssen, dass Geld, was wir nicht ausgeben, wieder dem ORB zugute kam. Insofern hatten wir ein gemeinsames Interesse, etwas Sinnvolles zu machen.

Rundfunk Berlin-Brandenburg. Sie haben ORB gesagt.

Der ORB, gegründet haben wir es noch mit dem ORB.

Das war noch in der Gründungszeit?

Das war die Gründungszeit. Es war leichter. Damals war Herr Rosenbauer Intendant des Ostdeutschen Rundfunks Brandenburg (ORB). Ich glaube, mit dem SFB hätten wir das damals nicht gegründet, weil der eine interne Ausbildung wollte. Der ORB wollte etwas

anderes, Flexibleres machen. Damals war trimediale Ausbildung neu, heute machen das alle. Herr Dahl war damals eine Person, die für dieses Konzept stand. So kamen wir zur ems, und das Medieninnovationszentrum Babelsberg (MIZ) ist letztlich eine Erweiterung. Wir hätten das auch gern mit dem RBB zusammen gemacht, aber da gab es kein richtiges Interesse bei Frau Reim, die damals die Intendantin war. Dann haben wir es eben allein gemacht. Wobei, das MIZ sitzt praktisch gegenüber von der ems. Das hat schon eine ziemliche Synergie.

Und da sind die Gelder.

Da sind die Gelder, die wir praktisch von DVB-T übrig hatten, angelegt worden.

Dann hat Brandenburg ein eigenes Medieninnovationszentrum erhalten.

Ein Medieninnovationszentrum, was eben neue Projekte ermöglicht. Wenn man sagt: „Gib jungen Leuten mal eine Chance, was auszuprobieren“. Also praktisch ein bisschen aufbauend auf „Alex“. „Alex“ ist sozusagen die Ebene, wo auch gesendet wird. Also als Weiterentwicklung des Offenen Kanals. Das MIZ versucht Projekte mit neuen Techniken, aufgrund der Ermächtigung durch den Rundfunkstaatsvertrag, zu machen.

Und läuft offensichtlich ganz gut, oder?

Läuft, nicht jedes Projekt ist erfolgreich. Aber, ich sage mal, da gilt, was ich früher für „Radio 100“ gesagt habe: „Gib jungen Leuten die Gelegenheit, vielleicht auch etwas auszuprobieren, was nix wird. Sie haben trotzdem was dabei gelernt“.

Mit diesem Medieninnovationszentrum, aber auch, wir kommen gleich zu „Alex“, haben junge Leute heute Chancen wie nie zuvor.

Sie haben viel mehr Möglichkeiten. Wir haben da auch Leute eingestellt, die Projekte fördern. Insgesamt bin ich zufrieden. Das wird sich immer wieder neu erfinden müssen. Wir sind am Standort Babelsberg und haben da ein schönes Gebäude, was auch Möglichkeiten für Veranstaltungen gibt und gleichzeitig geben wir jungen Leuten eine Chance sich auszuprobieren. Was nicht einfach ist, denn YouTube hat auch so ein Lab, aber die sind natürlich alle auf Sachen gerichtet, die dann möglichst kommerziell erfolgreich sind, indem es hohe Reichweiten gibt. Wir haben dann in beiden Bereichen gesagt, dass wir eine Public-Service-Institution sind. Wir wollen Sachen fördern, die der Markt nicht hergibt. Also was anderes müssen wir nicht machen. Das machen andere schon. Da sind wir auch nicht so gut drin. Sondern wir versuchen Sachen zu fördern, die eben der Markt nicht hergibt, die aber trotzdem für die Kommunikation wichtig und sinnvoll sind.

Sie haben vorher gesagt, dass die Electronic Media School vor allem jetzt auch dem Rundfunk Berlin-Brandenburg zugute kommt. Hatte der vorher keine eigene Volontariatsausbildung?

Der ORB nicht. Der SFB ja und deswegen gab es da auch immer Diskussionen mit dem Personalrat, ob und wie man das macht und was man denen bezahlt und so weiter. In der Zeit im ORB war manches leichter, weil der ORB eben nicht so etabliert war wie der

SFB. Der SFB hatte eben seine Strukturen, wie andere öffentlich-rechtliche Rundfunkveranstalter auch. Und es ist immer eine Chance, wenn Sie neu sind, dann müssen Sie sich neu erfinden.

So eine trimediale Ausbildung war damals wirklich noch nicht in aller Munde, irgendwann dann schon.

Am Anfang war es neu. Und die haben auch dann Beratung gemacht und finanzieren sich teilweise daraus. Herr Dahl hat da viel in Bremen gemacht, anderen geholfen, neue digitale Sachen zu ermöglichen. Ein bisschen schade ist, dass relativ wenige zu privaten Anbietern gehen, obwohl wir mehr für privaten Rundfunk zuständig sind. Dort gibt es natürlich relativ wenige Arbeitsplätze. Wir haben z.B. mit „SPIEGEL TV“ gemeinsame Projekte gemacht. Aber beim privaten Radio gibt es kaum journalistische Arbeitsplätze. Muss man leider sehen.

Werden dort auch die lokalen Fernsehveranstalter geschult?

Die werden da fortgebildet. Das nutzen wir da. Die ems hat die Trainer, die wir dafür brauchen. Wir zahlen es der ems und die nutzt das MIZ dafür – die technische Einrichtung.

Das können auch die kleinen lokalen Stationen alleine nicht bewerkstelligen.

Nein, sie können das nicht. Wir müssen denen helfen bei der Verbreitung, aber auch: wie nutze ich eine neue digitale Produktion, wie mache ich das. Also da sind sie viel zu klein. Das ist natürlich ein Problem, da sind die Mitarbeiter weg, dann kommen die nächsten und müssen fortgebildet werden. Die Guten sind natürlich nicht lange da. Die sind dann irgendwo anders.

Jetzt kommen wir noch zum Punkt: der Offene Kanal. Der wurde 1985 gegründet – gleich zu Beginn. Damals, wenn ich mich recht erinnere, noch als klassischer Offener Kanal im Kabel, aber auch schon mit Hörfunk?

Nein, Hörfunk über UKW kam später.

Zunächst mal war der Offene Kanal Bestandteil des Kabelpilotprojektes, übrigens wie bei den anderen Kabelpilotprojekten, außer in München, da gab es das nicht. Aber bei den anderen beiden gab es einen Offenen Kanal. Der Erste war in Ludwigshafen. Herr Schurig war Offener-Kanal-Beauftragter der Medienanstalten und hat sich für einen Offenen Kanal auch in Baden-Württemberg eingesetzt.

Er war sehr interessiert.

Aber es gab keinen.

Ein Ministerpräsident Späth wollte keinen.

Der Offene Kanal konnte erst nur aus dem Kabelgroschen finanziert werden. Deswegen waren wir in Berlin vorne dran.

Aber es war immer auch klar, dass der Offene Kanal deswegen die Möglichkeit bekommt in den Kabelpilotprojekten, weil man ihn, sozusagen, als Feigenblatt für die Kommerzialisierung benutzen konnte.

Es war umstritten, was man alles macht. Es gab ja dann auch vielleicht übertriebene Hoffnungen. Es gab ja das amerikanische Modell „Public Access“, dort mussten damals die Kabelgesellschaften bezahlen, dafür dass sie kommerzielle Sachen machen durften. Es sollte dann so etwas auch für Bürger da sein. Wie gesagt, Berlin ist eigentlich ein idealer Standort, weil hier ein relativ großes Kabelnetz ist und auch viele Leute, die es nutzen können. So ist es gestartet. Dann hat, weil dann die Neufinanzierung mit den zwei Prozent kam und die alte über die Projektgesellschaft auslief, hat die Anstalt für Kabelkommunikation den Offenen Kanal übernommen und auch die Medienanstalt Berlin-Brandenburg hat ihn fortgeführt.

Wobei damals natürlich die Frage war: „Gibt es so was auch in Brandenburg?“. Und da war eine klare Entscheidung in Brandenburg „Nein, wollen wir nicht. Wir haben unseren Lokal-TV-Veranstalter. Da brauchen wir nicht nebenher Offene Kanäle. Zumal die Kabelnetze relativ klein sind. Theoretisch gibt es die Möglichkeit, aber die Bedingungen sind so hart, dass es nie zustande kommt. Also nicht das rheinland-pfälzische Modell, wo Offene Kanäle praktisch eine Art Lokal-TV sind. Das war in Brandenburg nicht. Also blieb eben Berlin. Das war einer der Gründe, zu sagen: „Ihr gebt für den Offenen Kanal Berlin so viel Geld aus, was tut ihr denn in Brandenburg?“. Das war dann auch einer der Gründe, hatte ich vorhin vergessen, mit ems und MIZ, weil da ja eine gewisse Unwucht war durch den Offenen Kanal Berlin. Der auch nur in Berlin verbreitet wird – auch inzwischen im Internet natürlich.

Den Medienrat hat der Offene Kanal lange gar nicht so richtig interessiert. Außer wenn es Konflikte gab, z.B. im türkisch/kurdischen Bereich oder bei rechtslastigen Sendungen, wo auch mal Grenzüberschreitungen waren oder geprüft werden mussten.

Der Offene Kanal wurde mehr zum Thema, als Herr Linke (der langjährige Leiter) langsam dem Ruhestand entgegen ging. Wie geht es eigentlich weiter? Dann kam unsere Analyse. Wir hatten uns auch personell verstärkt; Frau Heinze hat das alles übernommen und dann auch noch die Medienkompetenz und gefragt: „Was machen wir eigentlich mit dem Kanal? Erreicht der noch das, was er eigentlich machen soll? Eigentlich ist es nicht nur so, dass Leute sich selber bei der Produktion beglücken sollen, sondern irgendwo soll er auch eine gewisse Relevanz haben. Eine Erweiterung noch zu Herrn Linkes Zeiten war, dass wir dazu übergegangen sind, Ereignisse zu übertragen. Das war eine Idee eigentlich von Herrn Rexin, die wir umgesetzt haben. Dass wir das, was Phoenix im großen Umfang macht, im kleinen Umfang machen mit Kulturveranstaltungen, Stiftungen und so weiter und es gleichzeitig nutzen für die Weiterbildung von Mitarbeitern. Deswegen ist ein großer Teil dieses Ereignisfernsehens auch heute noch Bestandteil von „Alex“. Zu sagen: Wir sind ein Lokalkanal, der Sachen bringt, die andere nicht bringen können und die der RBB auch nicht bringt. Inzwischen übertragen wir auch die Parlamentssitzungen, die Abgeordnetenhaussitzungen in Berlin, weil der RBB sich daraus zurückgezogen hat. Das ist auch eine Form, die uns sicher auch genutzt hat bei den Abgeordneten, das ist eine sehr ansprechende Form. Eben nicht klassischer Offener Kanal – nur die Kamera drauf halten –, sondern schon gut gemacht. Das machen wir mit anderen Ereignissen auch.

Dann haben wir uns auch entschieden mit Herrn Bach, der inzwischen auch schon zehn Jahre da ist, den Offenen Kanal hin zur neuen Marke „Alex“ zu entwickeln. Trotzdem gibt es nach wie vor chancengleiche Zugänge, aber nicht mehr das Prinzip der Schlange, das den Kanal unattraktiv und undurchschaubar macht. Mit einem Qualitätsmanagement und festen Sendezeiten nach klaren Kriterien haben wir dafür gesorgt, dass der Kanal mehr gesehen wird. Früher wäre das ein Sakrileg gewesen. So haben wir eine Chance im digitalen Zeitalter, weil man leichter findet, was auch Leute interessiert. „Alex“ nutzt auch Facebook und Twitter und so weiter. Wir haben einen Schwerpunkt im Bereich Musik. Berlin hat eine große Musikszene. So hat sich „Alex“ eben neue Sachen erschlossen. Auch die Mannschaft, die sich ein bisschen in Resignation zurückgezogen hatte, hat einen neuen Aufschwung erlebt.

Das heißt, durch den Personalwechsel hat man nochmal eine Revision gemacht und hat eine Neuausrichtung beschlossen.

Neuausrichtung, neues Logo, neue Technik und inzwischen auch einen neuen Standort. Es ist jetzt ein attraktiverer Standort in der Rudolphhalle in Kreuzberg, Warschauer Straße.

Und gleichzeitig ist „Alex“ in den ganzen Sozialen Medien stark präsent.

Ja, weil wir natürlich die Herausforderung haben, wozu brauche ich so was noch im Zeitalter des Internets. Das Internet ist ein riesiger Offener Kanal, wenn man so will. Von der Grundidee her kann ich heute viel mehr machen und viel mehr Leute erreichen, als sich je jemand vorgestellt hat damals. Wobei das wie gesagt, bei längeren Formaten, auch eine Überschätzung ist. Wir haben auch viel überlegt, was kann man in Brandenburg noch zusätzlich machen. Wo kann ich Partizipation von Bürgern fördern? Da ist natürlich schon eine Antwort, dass Video vielleicht die schwierigste Form ist, in der sich jemand ausdrücken kann. Bei vielen Sachen, lokale Kommunikation, reicht es aus, wenn sie Fotos und Text haben. Das kann jeder. Außerdem gibt es da schon Facebook-Gruppen, über die das lokale Feuerwehrfest wunderbar kommuniziert werden kann. Da brauchen wir keinen Offenen Kanal und keine Plattform, die von der Medienanstalt bereitgestellt wird.

Aber der Offene Kanal ist eine Plattform, da findet Begegnung unter Menschen statt.

Wir haben natürlich gefragt, wie viele Nutzer (Produzenten sagt man heute) haben wir überhaupt im Verhältnis zu der großen Stadt Berlin. Da haben wir festgestellt, dass es schon nötig ist, dass der Kanal attraktiver werden muss – einerseits für Produzenten, andererseits für diejenigen, die da mal reingucken.

Also ich habe die Nutzungszahlen mal gelesen, die waren schon beeindruckend.

Das ist schon ganz okay, ja.

Jetzt gibt es auch im Hörfunkbereich eine attraktive UKW-Frequenz.

Es gab damals schon die ersten Diskussionen: „Schaffen wir das Ding ab“. Das war auch eine gewisse Drohung, unter der das gestanden hat. Deswegen haben wir gesagt: „Wir müssen es neu aufstellen, damit es überzeugt“. Wir haben es im Abgeordneten-

haus vorgestellt. Inzwischen, glaube ich, ist es unumstritten, dass es weiter geht. Das ist sinnvolles Engagement.

Neben dem Offenen Kanal gibt es noch eine kleine Nische für freie, nichtkommerzielle Radiosender in Berlin. Da gibt es diese 88,4. Da haben Sie auch nicht nur gesagt: „Jetzt schreiben wir sie aus und jetzt macht ihr da irgendwas“, sondern da gab es dann auch einen koordinierten Prozess.

Ja, wir zahlen die Verbreitung und ein paar Gemeinschaftssachen. Wir dürfen nichtkommerzielles Radio, anders als in Baden-Württemberg, nicht finanzieren vom Programm her. Dazu müsste man eine Ermächtigung durch den Gesetzgeber haben.

Wir finanzieren Programm in Baden-Württemberg auch nicht.

Ich dachte ja. Also dann Irrtum.

Wir haben das extra in den ganzen Richtlinien. Programm wird nicht gefördert.

Aber die Institution. Bei uns kriegen sie gar nichts außer für Technik. Und wir zahlen die Verbreitungskosten und einen gemeinsamen Webauftritt und solche Sachen und koordinieren die Sendezeiten. Das macht der Steffen Meyer ganz gut. Früher war das geteilt mit „Alex“. Nachdem das Integrationsradio leider nichts geworden ist, haben sie jetzt eine eigene Frequenz.

Und damit sind sie, es gab ja viele Interessenten, zufrieden?

Es gibt nach wie vor die Forderung: „Wir wollen mehr Geld haben“. Das ist noch ein aktuelles Thema. Bloß, da muss der Medienstaatsvertrag geändert werden. Sie wissen ja, dass da eine extra Ermächtigung erforderlich ist, wenn ich nichtkommerzielles Radio finanzieren will, und die gibt es bisher nicht.

Wir haben jetzt viele Bereiche gestreift, fehlt Ihnen noch etwas, was für Sie noch besonders wichtig wäre, dass wir das noch erörtern, bevor wir zur Conclusio kommen. Vielleicht davor noch ein Punkt. Sie wollten eigentlich schon 2014 die Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg aus Altersgründen verlassen. Das hat sich dann doch um einiges verzögert. Da kommt wieder dieser Föderalismus durch. Also erzählen Sie mal.

Also der Direktor wird vom Medienrat gewählt. Dieser Prozess der Zusammensetzung des Medienrates war nicht ganz einfach, auch früher nicht. Zwei-Drittel-Mehrheiten in zwei Parlamenten sind nicht ganz einfach zu gewinnen. Inzwischen gibt es noch mehr Parteien in den Parlamenten und das Verhältnis zwischen Berlin und Brandenburg ist auch nicht immer spannungsfrei. Insofern hat das mit dem Medienrat schon relativ lange gedauert. Ich hatte vielleicht den Fehler gemacht zu sagen: „Eigentlich soll der neue Medienrat, der dann kommt, über meine Nachfolge entscheiden und nicht der alte“. Das hat sich eben dadurch verzögert. Ich hatte einen Vertrag, wie ihn andere Direktoren ähnlich auch haben, dass man so lange arbeiten muss, bis die Nachfolge geregelt ist. Das hat länger gedauert als gedacht. Deswegen musste ich noch etwas länger machen, was nicht nur angenehm war, weil man dann nicht mehr so ganz was Neues anschieben kann.

Sie waren ein Direktor mit Handbremse.

Ja, weil es natürlich auch in der Zusammenarbeit nicht einfach war. Es ist nicht gut, wenn man einen Abschied so lange machen muss, aber es ist hinter mir.

Es ist schon wieder Geschichte.

Es ist auch schon zwei Jahre her.

Ja, stimmt. Bis 2016 – jetzt sind wir im Jahr 2018. Ich meine, wenn ich jetzt so zurück-schaue, dann ist es wirklich eine sehr ereignisreiche Zeit gewesen, die Sie hier mitge-staltet haben. Herr Rosenbauer hat in seiner Begründung, warum er dann in den Me-dienrat gewechselt ist, jetzt ist er ja auch Medienratsvorsitzender, gemeint: „Im Vergleich zu dem, was er vorher gemacht hat; es ist natürlich Neuland, aber man kann sehr viel gestalten und mitgestalten“. Ich meine, wenn wir jetzt unser Gespräch Revue passieren lassen, dann wird das auch sehr deutlich, dass es eine Zeit war, die nie langweilig ge-worden ist. Wo Sie wahrscheinlich morgens nicht wussten, was manchmal bis abends passiert an Entwicklungen, an Prozessen, an Diskussionen, an Veränderungen. Was würden Sie jetzt selber herausgreifen aus den Punkten?

Also es war ein Privileg, in einer spannenden Stadt in der historisch spannenden Pha-se so ein Amt ausüben zu können. Dann das, was ich immer für mich sehr gut fand, die Unabhängigkeit. Also jetzt nicht abhängig vom politischen Tagesgeschäft, sondern wirklich dem Gemeinwohl verpflichtet. Auch nicht für irgendeine Partei als Anwalt. Das hätte mir nicht so gelegen. In dieser unabhängigen Warte und dann auch noch mit en-gagierten Mitarbeitern. Auch eine kleine Institution – ich habe mich nie danach gesehnt, eine große Institution zu leiten. Insofern war es für mich schon eine ideale Zeit und eine interessante Herausforderung, immer wieder etwas Neues machen zu können. Deswe-gen kam mir die Zeit auch gar nicht so lange vor, wie sie dann in Wirklichkeit war. Wenn man so überlegt, wie viel in der Zeit auch historisch passiert ist, eine große Zeitspanne. Da war es wirklich ein Glück, es machen zu können. Vielleicht am Schluss etwas zu lang, aber insgesamt denke ich, es gibt kaum einen spannenderen Job im Medienbe-reich, wenn man nicht selber Medien produziert.

Mit dem Internet und der Digitalisierung gibt es auch heute noch spannende Fragen. Nur, was zurückgegangen ist, sind die Gestaltungsmöglichkeiten der Medienanstalten. Viel hängt schon damit zusammen, dass man früher über Frequenzen und Kanäle ver-fügt hat, die wertvoll waren. Mit der Digitalisierung ist das weg und erst recht mit dem Internet. Das Internet gehört nicht irgendjemanden, sondern die Übertragungsmögl-ichkeiten sind da und werden nicht von Medienanstalten gestaltet. Sie können höchstens noch auf die Rahmenbedingungen mit Einfluss nehmen. Das ist in den Strukturen der Gemeinschaft nicht einfach. Ich konnte noch ein paar Sachen wie DVB-T einzeln ma-chen.

Heute gibt es die Herausforderung, wie gehe ich mit Intermediären um, was mache ich mit bevorzugter Auffindbarkeit, wie gehe ich mit Plattformen um? Bloß, ob man wirklich das auf der Ebene deutscher Medienanstalten machen kann, ist natürlich die große Frage.

Ich habe auch, das haben wir bisher nicht erwähnt, weil es auch nicht mehr richtig zum Tragen gekommen ist, für eine Thinktank-Funktion Geld bereitgestellt. Wo die Medienanstalten relativ wenig in der Gemeinschaft tun. Der Gemeinschaftshaushalt der Medienanstalten ist relativ klein im Verhältnis zu dem, was die einzelnen Medienanstalten ausgeben. Da hätte ich mir auch mehr vorstellen können, was man tut, darüber nachzudenken: Wie kann ich Algorithmen kontrollieren. Da sehe ich bisher nicht, dass die Medienanstalten die Kompetenz haben, das selber zu machen.

Sollte das die Gemeinsame Geschäftsstelle mehr...

Die Gemeinschaftsstelle hat ja auch nicht das Geld. Sie hat auch nicht die personelle Kompetenz. Also es ist schwierig. Wir haben neue Aufgaben. Wir sind gut aufgestellt für herkömmliche Fragen, zum Beispiel im Technikbereich. Sind die Medienanstalten genauso gut aufgestellt für neue? Wie kann man das in Zukunft machen? Müsste es nicht eher bei einer Gemeinsamen Stelle untergebracht sein als bei den einzelnen Medienanstalten? Aber die wollen das auch wieder nicht. Also insofern ist das System vielleicht an seine Grenzen geraten, aber da kann ich nur noch mit Interesse zugucken.

Sie gucken nicht nur zu, sondern sie mischen sich noch ein. Letztes Jahr kam von Ihnen im „Tagesspiegel“ der Vorschlag, eine „Innovationsagentur“ ins Leben zu rufen.

Das ist eine Frage der Zukunft: „Wie gehe ich mit dem Rundfunkbeitrag um?“ Das Thema öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist eigentlich eines der interessantesten überhaupt, weil es natürlich die meisten Gestaltungsmöglichkeiten noch offen lässt. Was kann ich tun? Wie ist die Herausforderung, wenn ich meine ganzen privilegierten Positionen der analogen Welt und der Rundfunkwelt verliere, was ist da noch? Wie werde ich da überhaupt noch wahrgenommen? Natürlich, dass ich Inhalte fördere, das wird immer Thema sein. Es besteht auch eine Filmförderung und eine Serienförderung und so weiter. Aber wo bin ich dann wirklich in zehn Jahren? Und mit dem System: Da finde ich das öffentlich-rechtliche System genau wie die Medienanstalten sehr gefestigt und mache mir ab und zu Gedanken. Ist das richtig, wenn andere sich schon sehr viel mehr verwandeln müssen, um den Herausforderungen gewachsen zu sein?

Ja, wir haben in den drei Jahrzehnten Ihres Schaffens beobachten können, dass Institutionen, auch die einzelnen Landesmedienanstalten, sich immer mehr verfestigt haben.

Das ist ein selbstständiger Prozess, weil es ihnen mit der sicheren Finanzausstattung auch gut geht. Ein Unternehmen muss sich verändern, weil ihm sonst die Kunden wegbrechen. Das ist bei Medienanstalten nicht das Thema, die kriegen ihr Geld auch so. Ich finde das andere auch nicht ideal, unter welchem Druck die Unternehmen durch die Digitalisierung sind. Aber ein bisschen mehr Veränderungsdruck wäre sowohl für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als auch für die Medienanstalten nicht schlecht. Sonst erreichen sie einfach nichts mehr.

Der Veränderungsdruck, das ist so ein Spannungsfeld. Man muss auch selbst sich verändern. Ich denke, die Landesmedienanstalten haben nun mal ein öffentliches Gut und sind Dienstleistende und müssten auch dafür sorgen, dass das, was sie an Geld haben und ausgeben, legitimiert ist durch das Tun. Nicht nur den Job erfüllen und damit ist gut.

Sondern schauen, dass sie auch aufgestellt sind in der Zukunft. Sie repräsentieren für mich am deutlichsten, dass Sie sich immer wieder hinterfragt haben. Sie haben immer wieder geguckt, wo geht die Welt hin? Wie bewegt sie sich? Wo gehen die Zukunftszüge hin? Und wie müssen wir uns darauf einstellen? Und diese schlanke Struktur, die Sie auch in Ihrem Haus hatten, wo Veränderungen dadurch schneller umgesetzt werden können, die gibt es in der Tat in ganz wenigen Häusern.

Man muss auch Sachen einstellen. Die Technikgesellschaft, die wir hatten, die hat dann ihre Aufgabe erfüllt. Einerseits kam dann die Fusion ORB/SFB, da hatten sie eigene Kompetenz. Andererseits ist das Thema Frequenzen inzwischen ein Randthema. Dazu brauchte ich nicht mehr die Gesellschaft. Ich habe die dann abgewickelt. Es gibt noch einen Mitarbeiter, der ist inzwischen hier (in der Gemeinsamen Geschäftsstelle) gelandet. Ich muss sagen, das gilt für andere Bereiche auch. Das ist natürlich nicht ganz einfach. In diesem Fall konnte ich das sozialverträglich regeln, weil ohnehin die anderen in den Ruhestand gegangen sind. Aber das ist natürlich im öffentlich-rechtlichen Bereich auch so, dass sie eigentlich sagen müssten: „Auch das und das hat seine Funktion erfüllt. Es war mal wichtig, aber das muss nicht ewig so bleiben“. Den Medienanstalten geht es relativ gut. Die Länder haben auch kein Interesse, die kassieren einen Großteil des Geldes ab, das die Medienanstalten aus dem Rundfunkbeitrag kriegen. Insofern denke ich, ist die Existenz der Medienanstalten gut garantiert.

Sie haben eine Nachfolgerin bekommen und in Baden-Württemberg gibt es auch einen neuen Kollegen. Haben Sie als letzte Frage einen guten Rat für sie?

Erstmal soll man seinem Nachfolger keine Ratschläge erteilen. Die Themen sind da, sie versuchen auch neue Antworten zu finden. Aber wie gesagt, eigentlich bräuchten die Medienanstalten noch mehr Gemeinschaft. Wir konnten noch ein paar Sachen alleine machen wie DVB-T. Aber jetzt anzufangen, Google zu regulieren, ist wirklich nicht Aufgabe von Berlin-Brandenburg und nicht mal von allen Medienanstalten. Ein bisschen was könnte man sich abgucken, wie die Kartellbehörden darauf reagieren. Die haben auch einen Thinktank, eine Projektgruppe, eingesetzt: Was muss ich am Kartellrecht ändern? Sie sind natürlich leichter zu organisieren. Das zieht sich über die ganze Zeit hinweg: Wer beeinflusst wirklich die Medienlandschaft sehr stark? Das ist in Deutschland das Kartellrecht, das deutsche und das europäische. Also weil die natürlich viel mehr entscheiden, als die Medienanstalten entscheiden können. Sie haben auch bessere Rechtsgrundlagen. Sie sind aber auch besser organisiert. Bei den Medienanstalten werden Prüfgruppen eingesetzt. Das ist an einer gewissen Stelle schon richtig. Aber wenn ich sage, trotzdem müssen alle Medienanstalten immer wieder beteiligt sein, dann wird das Verfahren wieder aufgebläht. Eigentlich können sie mit fünf Leuten einen Jugendschutz, das was verblieben ist noch bei den Medienanstalten, machen, wenn die alle an einem Ort sitzen. Und bei anderen Sachen auch, das sind nicht Riesenteams – selbst in Brüssel –, die sich mit Google beschäftigen, aber sie tun es.

Also Sie plädieren dafür, dass eigentlich die Landesmedienanstalten in verschiedenen Bereichen noch stärker zusammenarbeiten.

Ich würde noch stärker zusammenarbeiten, ja. Ich würde Personal eher zusammenziehen. Also jedenfalls vielleicht Projektgruppen. Ich sehe einfach, dass es eine gewisse

Schwierigkeit ist – das ist übrigens bei den Ländern genauso – wenn sie sich einmal im Monat treffen, sind sie nicht so stark, wie jemand, der jeden Tag zusammenarbeitet. Trotz Telefonkonferenzen und allem, was Sie da noch machen können.

Wenn die Medienanstalten stärker bedroht wären, würden sie vielleicht mehr machen. Aber es geht allen eigentlich ganz gut im föderalen System. Die Hauptinteressen liegen in den einzelnen Ländern. Herr Dr. Kreißig ist auch in Baden-Württemberg gewählt und Herr Schneider in München. Eigentlich ist das ein Fehler für eine gemeinsame Institution, wenn die eigentlichen Interessenlagen letztlich dezentral sind. Sie werden nicht belohnt dafür, dass sie hier in der gemeinsamen Geschäftsstelle etwas machen.

Ja, weil die Rechenschaftspflicht auf Länderebene liegt.

Sie ist im Land, ja. Sie profilieren sich auch mit Medienkompetenzprojekten im Land und so weiter. Sie machen Lokal TV für die im Land, denn die entscheiden letztlich, ob sie ihnen Geld wegnehmen beim Projektabzug und so.

Also die Landschaft bleibt spannend, bleibt interessant, auch wenn viele Aufgaben, die am Anfang Herkulesaufgaben darstellten, bewältigt sind. Nichtsdestotrotz, die Welt dreht sich weiter. Herzlichen Dank für das Gespräch.

(Die rundfunkhistorischen Gespräche werden freundlicherweise von den Landesmedienanstalten mabb und LfM finanziell unterstützt.)